

Veränderte Lage
des
Zentrumsstreits

UNIVERSITY OF ST. MICHAEL'S COLLEGE



3 1761 01999363 3

Entgegnung auf die
Kritik meiner Schrift

Zentrum u. Kölner Richtung

von

Hermann Roeren

Geheimer Justizrat

Oberlandesgerichtsrat a. D.

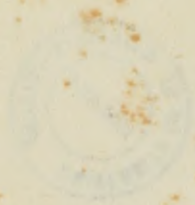
JN
3946
.Z5
R62
SMC

Preis 0,90 Mark

Noeren,
Veränderte Lage des Zentrumsstreits



Journal of the
Royal Society of Medicine



Vom gleichen Verfasser ist im Petrus-Verlag zu Trier
erschienen:

Zentrum u. Kölner Richtung

Zweite Auflage / Preis 1.00 Mk.

In ruhiger und sachlicher Weise werden in dieser
Schrift die Meinungsverschiedenheiten im
Zentrum systematisch klargestellt.

Die erste Auflage war in wenigen Wochen vergriffen.

Aus dem Inhalt: Vorwort / Die einzelnen Richtungen /
Osterdinstagskonferenz / Kernpunkt des Streites / Politische
Partei (Verfassungspartei) und Weltanschauung / Politische
Partei (Verfassungspartei) und konfessionelle Exklusivität /
Allgemeinchristliche Weltanschauung / Das Zentrum auf katho-
lischer Basis gegründet / Stellung der nichtkatholischen Kreise
gegenüber dem Zentrumsstreite.

„Ich halte das Roeren'sche Buch für das Eingreifendste,
Ruhigste und Sachlichste, was bisher in all den bedauerlichen
Auseinandersetzungen geschrieben worden ist. Wer die Schrift
gelesen hat, muß ihre Bedeutung anerkennen.“

(Histor. Polit. Blätter, München)

„Wir können nur wünschen, daß dieses Buch recht viele
ernste Leser finde.“

(Westfäl. Merkur, Münster.)

„Ich habe den sehnlichsten Wunsch, daß sich alle deutschen
Katholiken fest zusammenschließen möchten auf dem Boden
jener Grundsätze und Anschauungen, die besonders in den
Kapiteln 6 und 7 dargelegt sind.“

† . . . , Bischof.

„Alles, was Sie schreiben, ist so konsequent und überzeugend,
daß Ihre Ausführungen auch der politische Gegner unter-
schreiben mußte.“

† . . . , Weihbischof.

„In den letzten Jahren ist mir kein Buch zu Gesicht
gekommen, das mir eine solche Freude bereitet hätte, wie Ihr
„Zentrum und Kölner Richtung“.

Msgr. Dr.

„Sie haben mit Ihrer Schrift mannhaft der Wahrheit
Zeugnis gegeben und aus treu und warm katholischem Herzen
ein mächtiges Wort an alle katholischen Empfindungen in
Deutschland gerichtet, zugleich klar und sicher für jeden un-
befangenen Geist Klärung und Belehrung geboten. Dafür
Gottes Lohn und Gottes Segen!“

P. S. J.

Veränderte Lage des Zentrumsstreits

Entgegnung
auf die Kritik meiner Schrift

Zentrum und Kölner Richtung

von

Hermann Roeren

Geheimer Justizrat

Oberlandesgerichtsrat a. D.

Motto:

Romani aliquando proelio victi,
bello autem nunquam.

Tacitus.

1914

Erier, Petrus-Verlag.



Vorbemerkung

Die vorliegende Schrift ist durch die Angriffe veranlaßt die gegen meine im August vorigen Jahres erschienene Schrift „Zentrum und Kölner Richtung“ erfolgt sind. Der Zurückweisung dieser Angriffe dienen insbesondere die Kapitel I bis III, in den Kapiteln IV und V wird die veränderte Lage behandelt, in welche der Zentrumsstreit dadurch gebracht ist, daß endlich die unhaltbare Theorie vom „Allgemeinen Christentum“ auch formell fallen gelassen ist und dem bekannten Turmartikel von seinem Autor jetzt eine Umdeutung gegeben wird, die einem Preisgeben gleichkommt. — In dieser Schrift ist des Aufrufs des neuen Reichsausschusses vom 8. ds. Mts. noch keine Erwähnung geschehen, weil die Schrift bei Erlass dieser Kundgebung sich bereits im Druck befand. Da durch den Aufruf in sachlicher Hinsicht an dem Stande der Streitfrage nichts geändert wird, lag auch kein Anlaß zu irgend welchen Abänderungen der Schrift vor. Alles, was in dem Aufruf besonders betont und hervorgehoben, was festgestellt und was verurteilt und zurückgewiesen wird, liegt außerhalb des Streites und war auch von Anfang an nicht streitig:

daß das Zentrum „grundsätzlich eine politische Partei ist“, ist diesseits stets behauptet,

daß es auch „eine nichtkonfessionelle Partei“ ist, ist niemals in Abrede gestellt, da die Partei, der Verfassung entsprechend, grundsätzlich die Interessen aller Staatsbürger, nicht nur diejenigen einer bestimmten Konfession vertritt und die Frage, auf grund welcher Weltanschauung diese Vertretung geschieht, für die Konfessionalität einer Partei in dem hier allein in Betracht kommenden Sinne der Verfassung ohne jede Bedeutung ist,

daß jede „weitere Definition“ des Zentrums abgelehnt wird, entspricht der diesseits stets vertretenen Anschauung, daß jede offizielle Definition nicht nur unnötig ist, weil auch die anderen Parteien eine solche nicht haben, sondern auch ihre Bedenken hat, weil Definitionen selten erschöpfend und noch seltener ohne Angriffspunkte sind,

daß endlich diejenigen, die das „Vertrauen der Wähler zu unterwühlen suchen“ und „die katholische Gesinnung altverdienter Mitglieder der Partei verdächtigen“, scharf verurteilt und als „Feinde des Zentrums“ abgeschüttelt werden, kann diesseits nur auf das Herzlichste begrüßt werden, weil zu hoffen ist, daß nun endlich die lieblosen Bezeichnungen „Quertreiber“, „Mörgler“, „Außenseiter“ u. s. w. aufhören werden, mit denen ständig seit Jahr und Tag treue und altverdiente Anhänger des Zentrums bedacht werden, wenn sie es wagen, eine andere Meinung, als diejenige des Hauptorgans der Richtung Blichem zu vertreten.

Bezüglich aller dieser Punkte besteht Einigkeit und hat niemals Streit geherrscht. Die einzige Frage aber, um die der ganze Streit sich dreht, ist in dem Aufruf nicht berührt, das ist die Frage, ob das Zentrum sich bei seiner politischen, sozialen, kulturellen Tätig-

keit grundsätzlich im Einklang mit der katholischen Lehre zu halten hat. Zu dieser Frage, auf die allein es ankommt, nimmt der Reichsausschuß keine Stellung, und doch war dies so dringend notwendig, damit gegenüber der von der Presse seit Jahren systematisch betriebenen Irreführung dem katholischen Volke und der Wählerschaft endlich einmal klar zum Bewußtsein gebracht wird, worum es sich in Wirklichkeit bei dem traurigen Streite handelt. Erst dann wird das katholische Volk in der Lage sein, Stellung zu nehmen. Es ist deshalb arge Täuschung, wenn die Presse glaubt, die Zustimmungserklärungen zu dem Reichsausschußaufruf, die jetzt auf den ad hoc einberufenen Versammlungen, beim Jungzentrum und in den einzelnen Lokalparteikomitees in Masse extrahiert werden, als votum gegen die katholische Weltanschauung buchen zu können. Es ist ein Grundirrtum, die gegenwärtigen „Kundgebungen gegen das sogenannte Quertreibertum“, und die „anhaltenden stürmischen Beifallsbezeugungen“, von denen die Presse bei den Rednern gegen das „Quertreibertum“ stereotyp zu berichten weiß, als Protest der katholischen Wählerschaft gegen den geforderten Einklang mit der katholischen Weltanschauung deuten zu wollen. Man stelle das katholische Volk einmal vor die klare und bestimmte Frage: — ob es von seiner parlamentarischen Vertretung verlangt, daß dieselbe sich grundsätzlich in Uebereinstimmung mit der katholischen Lehre hält, — und man wird sich überzeugen, daß derjenige, der sie verneint, statt „stürmischen Beifalls“ demonstrative Entrüstung wachruft. So lange das katholische Volk selbst aber über diese Frage nicht gehört ist, kann eine Entscheidung in derselben nicht erfolgen, weil das Zentrum nicht eine Domäne einzelner Politiker und Publizisten, die darüber nach ihrer

Idee schalten und walten können, sondern Eigentum des ganzen katholischen Volkes ist. Von Windthorst, Mallinckrodt, Ketteler, Reichensperger ist es gegründet als dauerndes Heim, in welchem sich, wie der von Peter Reichensperger verfaßte offizielle Wahlaufruf von 1870 besagt, die katholische Bevölkerung zur Wahrnehmung ihrer bürgerlichen und religiösen Interessen zusammenfinden soll.

Durch die Kundgebung des Reichsausschusses wird hienach an dem Stand der Frage nichts geändert. Wohl aber ist dies durch das Aufgeben der „allgemein christlichen Basis“ und das Preisgeben des Turmartikels geschehen, wie in der vorliegenden Schrift dargelegt wird.

Söln-Lindenthal, 12. Februar 1914.

Hermann Roeren.

Inhalts-Verzeichnis

	Seite
1. Kapitel: Die Kritik meiner Schrift im allgemeinen	1
Ablehnende Stimmen — Zustimmungen und Anerkennungen	
2. Kapitel: Falsche Unterstellungen	9
Windthorst „Katholikenführer“ oder „Zentrumsführer“ — Windthorstbund und Fürst von Loewenstein — Propaganda des Windthorstbundes für die Broschüre von Dr. Jul. Bachem — Grundlose Verdächtigung wegen Versendung der Rezensionseremplare und Auslieferung meiner Schrift — Die „rote“ Farbe der Einbanddecke — „Kein Satz des Verständnisses und der Empfindung“ für die Zusammenarbeit mit Andersgläubigen? — Wer hat den Streit wieder begonnen? — „Kölner Richtung“ oder „Richtung Bachem“.	
3. Kapitel: Die Kritik im einzelnen	26
Keine Aktion gegen das Zentrum, sondern gegen die Richtung Bachem — Keine Definition und Programmänderung, sondern Ablehnung der Theorie von der „allgemeinchristlichen“ Weltanschauung — Nochmals katholische und konfessionelle Partei — Beitritt von Andersgläubigen trotz der katholischen Weltanschauung — Falsche Auslegung der Worte „Einklang“ mit den katholischen Grundsätzen — Die Flugschrift von Dr. Carl Bachem — Freiheit und Selbständigkeit des Zentrums in seinen Entschlüssen.	
4. Kapitel: Turmartikel preisgegeben.	57
Die Tendenz des Turmartikels und seine jetzige Umdeutung — Die badischen Landtagswahlen, „Wacker-taktik“.	
5. Kapitel: Die Theorie der „allgemein-christlichen“ Weltanschauung aufgegeben	67
Christlich im Gegensatz zu katholisch — Eine nur „durchgeschlüpfte nicht korrekte Wendung“? — Gemeinsam-christliche Basis — Zugangsformel. — „Spintisieren“ — Die „Leistungen“ der Kölner Richtung.	

I.

Die Kritik meiner Schrift im allgemeinen

Ablehnende Stimmen — Zustimmungen und Anerkennungen.

Daß auf meine Schrift „Zentrum und Kölner Richtung“ eine Gegenschrift folgen würde, war voraus zu sehen und zu wünschen. Wenn eine erschöpfende Darlegung der gegensätzlichen Anschauungen von beiden Seiten erfolgte, war jeder in der Lage, sich zu orientieren und Stellung zu der umstrittenen Frage zu nehmen. Der Streit konnte auf diese Weise der unsachlichen, verwirrenden und verheßenden Polemik der Tagespresse entrückt und in ruhigere Bahnen gelenkt werden. Die Gegenschrift ist erschienen in der Broschüre von Julius Bachem „Das Zentrum, wie es war, ist und bleibt“. Aber mit der Herausgabe hat der Verfasser auch in der ihm zu Gebote stehenden Presse den Kampf gegen das „Quertreibertum“ wieder begonnen und damit auch den unberufenen Kritikern das Signal zum Angriff gegen meine Schrift und den darin vertretenen Grundsatz gegeben. Besonders folgsam hat sich derjenige Teil der Zentrums Presse gezeigt, der zur Füllung seiner Spalten auf die bekannten in Berlin zurechtgesetzten „Korrespondenzen“ angewiesen ist und durch Abdruck dieser Wasch-

zettel „öffentliche Meinung“ macht. Was hier an „Kritik“ geleistet ist, hat mich in Erstaunen gesetzt. Eine sachliche Widerlegung nirgends, der Versuch zu einer solchen nur hier und da, durchweg nur ein allgemeines oberflächliches Raisonnement, das in vielen Fällen in Beschimpfung ausartet. Mag man zu dem Inhalt meiner Schrift sich stellen, wie man will, das wird niemand ihr bestreiten können, daß sie von persönlicher Verletzung sich fernhält und Ton und Sprache zu Gereiztheit keinen Anlaß geben.

Selbst Martin Spahn, den man gewiß nicht als Freund des von mir vertretenen Standpunktes bezeichnen kann, bescheinigt im Tag (Nr. 213 vom 11. September 1913) meiner Schrift, daß sie „sachlich gehalten sei und die persönlichen Gehässigkeiten, die sich Parteigänger zuschulden kommen ließen, entschieden verurteilt“. Trotzdem ist die Kritik sehr ergiebig an persönlichen und beleidigenden Ausfällen. Dafür als Beispiel nur das Hauptorgan der Düsseldorfer Zentrums-Partei, das in einer nur etwa 1½ Spalten umfassenden Kritik u. a. sich dahin ausläßt: „Roeren scheine Voreingenommenheit und Gehässigkeit das nüchterne Urteil getrübt“ zu haben, „Roeren scheue nicht vor niederträchtiger Insinuation zurück,“ es sei „erschreckend, was in einem Streit, der angeblich um Gewissensfragen geführt werde, hier zur Verunglimpfung des Gegners als erlaubt angesehen werde“, „. . . diese Insinuation sei niederträchtig“, „was Roeren in seiner Schrift an frivolen Anwürfen leistet“ usw. Daß ich auf solche Ungezogenheiten nicht weiter eingehe, wird jeder anständige Mensch verstehen. Sie fallen von selbst auf den Autor zurück und kennzeichnen seinen Bildungsstand. Aber sie zeigen, welche Elemente es sind, die sich berufen fühlen,

auch in der Kritik von Schriften, die die wichtigsten Grund-
satzfragen sachlich behandeln, das Publikum zu informieren.

Nicht so massiv, aber inhaltlich auf derselben Höhe
stehend ist die Kritik, die J. Kuchhoff aus Essen (Ruhr) in
dem „Tag“ niedergelegt hat. Ich würde derselben hier keine
Erwähnung tun, wenn nicht der Verlag J. P. Bachem, Köln,
in der geschäftlichen Ankündigung der Bachem'schen Broschüre
zur Empfehlung der letzteren aus der Kuchhoff'schen Kritik
als besonders zugkräftig einen Ausspruch Kuchhoffs heraus-
gehoben und als Reklame zum Abdruck gebracht hätte. In
der Ankündigung heißt es:

Wie die Presse urteilt:

„. . . Wer sich durch den stachlichten Wald von all
den Spitzfindigkeiten bei Koeren durchgearbeitet hat, geht
erleichtert durch die klaren Reihen der Dokumente und
Tatsachen bei Bachem hindurch. . .“

(Reichstagsabgeordneter Kuchhoff im Tag).

Nach dem Parlamentsallmanach ist Joseph Kuchhoff
35 Jahre alt, Oberlehrer in Essen (Ruhr) und Mitglied
des Reichstags seit 1912. Er gehört also dem Parlament
seit einem Jahr und einigen Monaten an. Parlamentarische
Erfahrungen und eigene Kenntnis der Traditionen und des
Entwicklungsganges der Zentrumsfraktion können es daher
jedenfalls nicht sein, die sein Urteil über zwei Schriften, in
denen gereifere Politiker Grundlage und Charakter der Partei
nach ihrer Gründung und Tradition erörtern, als besonders
autoritativ erscheinen lassen. Vielleicht wird er später bei
höherer parlamentarischer Anciennität finden, daß das, was
ihm jetzt noch als „stachlichter Wald von Spitzfindigkeiten“
vorkommt, nichts anderes ist als die logische Behandlung einer
für die Partei grundlegenden Verfassungsfrage, und dann wird

er sich durch den Wald, der ihm jetzt noch fremd ist und stocklicht erscheint, leichter durcharbeiten als es dies Mal unmerkbar geschehen ist.¹⁾

Diese Beispiele mögen genügen. Sie zeigen den Tiefstand, auf dem sich vielfach die Kritik bewegt. Anzuerkennen ist, daß sich der bessere und selbständige Teil der Zentrums-
presse hierbon fern gehalten hat.

Wie kompetente Männer urteilen, zeigt die überaus große Zahl von Anerkennungs- und Zustimmungsschreiben, die mir von höchsten kirchlichen Würdenträgern und von den angesehensten Männern weltlichen und geistlichen Standes zugegangen sind, darunter allein von acht Professoren der Theologie. Ich erwähne gerade letzteres, weil in der Flugschrift von Carl Bachem sich ein Satz befindet, (s. S. 26) der den ungeheuerlichen Vorwurf enthält: Der Grundsatz, daß die Tätigkeit der Partei sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu halten habe, widerspreche den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung und der katholischen Lehre! Demgegenüber hat es Interesse, gerade von Männern, denen Kenntnis der kirchlichen Lehre gewiß nicht abgesprochen werden kann, zu hören, wie sie denn über die Schrift, die lediglich dem hier als häretisch verurteilten Grundsatz gewidmet ist, urteilen.

Einer der Professoren schreibt:

„In meinen paar freien Stunden der letzten Tage habe ich Ihre neueste Arbeit „Zentrum und Kölner Richtung“ gelesen, und es ist mir ein Herzensbedürfnis, Ihnen zu diesem vortrefflichen Werke Glück zu wünschen . . . Die offene, klare, gründliche und so außerordentlich ruhig ob-

¹⁾ Inzwischen hat die Parlamentstätigkeit von J. Ruckhoff bereits ihr Ende erreicht, da die Wahl durch Beschluß des Reichstags vom 2. Dezember 1913 für ungültig erklärt ist.

jeftige Ausfprache kann nicht ohne Wirkung bleiben . . . Ganz besonders werden der Klerus und der Epifkopat, dann die gebildeten Laien, die Abgeordneten und die Manner der katholifchen Preffe Ihre trefflichen Ausfuhhrungen mit grofem Nutzen beherzigen, namentlich das III., IV. und V. Kapitel. Auch das VI. und vor allen das VII. Kapitel zeichnet fich durch Klarheit und Kraft aus, für Jeden, der nicht abfichtlich fein Auge und feinen Willen abfperrt . . .“

In dem Schreiben eines anderen heißt es:

„Ich beglückwünfche Sie zu Ihrer ausgezeichneten Schrift, die erlöfend wirken muß für die Vielen, die bisher den Fragen fchwankend und ratlos gegenüberftanden . . .“

Ein Dritter fchreibt:

„Ich gratuliere Ihnen herzlichft zu Ihrer neuesten Schrift. Ich habe dieselbe von Anfang bis zum Schluß durchgelesen und zwar gründlich. Es war mir ein Genuß, fo klar, vornehmruhig und logifch find die Ausfuhhrungen . . . Stand ich schon bisher den „Kölner“ Bestrebungen ablehnend gegenüber, fo bin ich durch Ihre Schrift in meiner Anfchauung befestigt . . .“

In ganz gleichem Sinne fprechen fich die übrigen Schreiben aus.

Ein proteftantifcher höherer Juftizbeamter, Präfident an einem preußifchen Gerichtshofe, fchreibt:

„Wenn auch Keßer, habe ich mir doch Ihr Buch gekauft, mit großem Interesse reichlich schon zur Hälfte gelesen und bin in meiner Anficht beftärkt, daß, wenn ich Katholik wäre, ich nicht zu den „Kölnern“ gehören würde . . .“

Auch von mehreren Bifchöfen find mir Zustimmungsfchreiben zugegangen.

Einer derselben fchreibt:

„. . . Gestatten Sie, daß ich Ihnen meine Genugtuung über die fachlichen und ruhigen Darlegungen ausfpreche . . .“

Möchten sich doch alle deutschen Katholiken fest zusammenschließen auf dem Boden jener Grundsätze und Anschauungen, die besonders in den Kapiteln VI und VII dargelegt sind . . .“

Ein anderer Bischof schreibt:

„ . . . Ihre Schrift ist das klarste, logischste und sachlichste, was ich bis jetzt über den leidigen Streit der letzten Jahre gelesen habe . . . Ihre Ausführungen sind so konsequent und überzeugend, daß sich denselben auch Ihre bisherigen Gegner nicht werden verschließen können . . . Der ganze Erfolg Ihrer Schrift wird sich vielleicht erst nach einiger Zeit zeigen, wenn die Gemüter ruhiger geworden sind, aber ausbleiben wird er nicht . . .“

Was die Kritik im übrigen angeht, so habe ich schon im Vortwort zur zweiten Auflage erklärt, daß ich, um nicht auch meinerseits zu einer Ablenkung von der Kernfrage der Auseinandersetzungen mit beizutragen, nur auf diejenigen Einwendungen erwidern würde, die den Streitpunkt selbst betreffen und nicht schon in meiner Schrift ihre Widerlegung gefunden haben. Es gereicht mir zur Genugtuung, daß ich solchen Einwänden in den sämtlichen Kritiken nicht begegnet bin. Durchweg sind die alten Einwendungen, die nun schon seit Jahr und Tag vorgebracht und längst widerlegt sind, einfach wiederholt, als wenn eine Widerlegung überhaupt nicht stattgefunden hätte. Sie alle sind in meiner Schrift eingehend behandelt, aber nirgends unterzieht sich die Kritik einer sachlichen Prüfung der Gründe, auf die sich meine Ausführungen stützen. Bei den meisten, die sich zur Kritik berufen geglaubt haben, gewinnt es den Anschein, als kritisierten sie eine Schrift, die sie gar nicht gelesen haben. Nur so erklärt sich, daß bloße Behauptungen, denen stets auf das Entschiedenste widersprochen ist und die eingehend widerlegt sind, unbe-

kümmert hierum schlechthin wieder als feststehende Tatsachen hingestellt werden. So wird auch jetzt noch, als wenn es sich um eine Tatsache handelte, die nie bestritten wäre und des Beweises nicht bedürfte, mit der Ausstreuung operiert:

wir wollten das Zentrum „umwandeln“, wollten dasselbe „zu einer konfessionellen Partei machen, zu der den Protestanten der Zutritt zu verweigern sei“, wir wollten „die Zusammenarbeit mit den Andersgläubigen ausgeschlossen“ haben und für alle Fragen des Parlaments und der Politik „die vorherige bischöfliche oder päpstliche Entscheidung“.

Nirgends und niemals sind diesseits solche Forderungen auch nur mit einem Worte aufgestellt worden. Was wir wollen, ist einzig und allein und nicht ein Jota mehr, daß der Grundsatz des Windthorst-v. Mallinckrodt'schen Zentrums: daß die politische Betätigung sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu halten hat, aufrecht erhalten wird gegenüber den seit Jahren bestehenden Bestrebungen, ihn zu beseitigen. Hierum allein dreht sich der Streit. Und wenn man glaubt, daß dieser Grundsatz solche Forderungen in sich schließt und zu solchen Konsequenzen führen muß, dann ist man schuldig, dieses zu beweisen und die Beweise für das Gegenteil zu entkräften. Dann aber würde die Verantwortlichkeit für solche Konsequenzen diejenigen treffen, die eben die Partei auf diesem Grundsatz aufgebaut haben, also die Gründer und ersten Führer des Zentrums, nicht diejenigen, die nur für die Aufrechterhaltung dieses Grundsatzes eintreten. Ich glaube, in meiner Schrift den Beweis nach beiden Richtungen hin erbracht zu haben: erstens, daß jener Grundsatz für die Zentrumspartei nach Anlaß und

Zweck ihrer Gründung bestehen muß und nach dem ausdrücklichen Willen ihrer Gründer auch tatsächlich besteht, und zweitens, daß das Zentrum wegen dieses Grundsatzes keineswegs als konfessionelle Partei in dem allein hier in Betracht kommenden Sinn der Verfassung anzusehen ist, noch daß die Angliederung Andersgläubiger ausgeschlossen wird. Ich kann mich darauf beschränken, auf die Kapitel IV, V und VII¹⁾ hinzuweisen, wo gerade diese Fragen eingehend erörtert sind, und konstatieren, daß die dort erbrachten Beweise auch nicht in einem einzigen Punkte sachlich widerlegt sind. Wenn ich trotzdem noch mit einigen Worten darauf eingehe und auf andere Einwände, die ebenfalls bereits in meiner Schrift ihre Widerlegung gefunden haben, so geschieht dies, um falschen Schlußfolgerungen vorzubeugen, die vielleicht aus dem Schweigen gezogen werden könnten.

¹⁾ In „Zentrum und Kölner Richtung“.

II.

Falsche Unterstellungen

Windthorst „Katholikenführer“ oder „Zentrumsführer“ — Windthorstbund und Fürst von Loewenstein — Propaganda des Windthorstbundes für die Broschüre von Dr. Jul. Bachem — Grundlose Verdächtigung wegen Versendung der Rezensionsexemplare und Auslieferung meiner Schrift — Die „rote“ Farbe der Einbanddecke — „Kein Satz des Verständnisses und der Empfindung“ für die Zusammenarbeit mit Andersgläubigen? — Wer hat den Streit wieder begonnen? — „Kölner Richtung“ oder „Richtung Bachem“.

Zunächst sind einige Unterstellungen, die vornehmlich tatsächlicher Natur sind, zurückzuweisen.

1. Unter den zahlreichen Kundgebungen,¹⁾ die beweisen, daß die Gründer das Zentrum auf den Boden der katholischen Weltanschauung gestellt haben, habe ich namentlich auch die Schlußrede Windthorsts auf der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands zu Münster aus dem Jahre 1885 angeführt und die hier in Betracht kommenden Sätze folgendermaßen zitiert:

„ . . . Und wenn wir hier erscheinen, zu Ihnen sprechen und dann die Herren Bischöfe hier sehen, dann vergegenwärtigen wir uns immer die Frage: sind wir (also das Zentrum) auch in vollem und ganzem Einverständnis mit der Lehre der Kirche und mit den Autoritäten? (Bravo). In dem Augenblicke, wo wir nur eine Linie davon ab-

¹⁾ Kapitel VII in „Zentrum und Kölner Richtung“.

wischen, wären wir unwiederbringlich verloren (Bravo), und unser Gewissen wäre schwer belastet. (Bravo!)“

Ich habe dann herborgehoben, daß ein entschiedeneres Bekenntnis zu dem Grundsatz: die Tätigkeit des Zentrums müsse sich im Einklang mit der katholischen Lehre halten, von Windthorst gar nicht hätte abgegeben werden können, und daran die Frage geknüpft: Wie wollen diejenigen, die diesen Grundsatz ablehnen und so lärmend bekämpfen, um diese Worte Windthorsts herunkommen? Wie wollen sie gegenüber dieser programmatischen Kundgebung des Führers ihre Aufstellungen aufrecht erhalten:

daß das Zentrum mit katholischer Weltanschauung nichts zu tun habe,

daß seine Tätigkeit sich nicht grundsätzlich im Einklang mit der katholischen Lehre zu halten brauche,

daß dieselbe sich vielmehr lediglich nach den Grundsätzen einer Weltanschauung zu richten habe, „die allen gemeinsam ist, die an Christus und die Verbindlichkeit seiner Lehren glauben, wenn — sie auch in dem, was Christus lehrt, auseinandergehen“?

Man durfte gespannt sein auf die Antwort, die die Wucht dieser Windthorstschen Kundgebung parieren sollte. Diese Antwort ist jetzt erfolgt durch Julius Bachem in seiner Broschüre Seite 49:

„Windthorst“, so heißt es dort, „hat in Münster als Katholik zu Katholiken, nicht als Führer der politischen Zentrumspartei geredet, die eingeklammerten Worte hinter mir (also das Zentrum) hat Herr Roeren dem Windthorstschen Wortlaut beigelegt — ganz zu unrecht!“

Diese Behauptung Bachems ist falsch. Er konnte dies ersehen aus dem von mir (S. 99¹⁾) angegebenen Zusammen-

¹⁾ In „Zentrum und Kölner Richtung“.

hang, in welchem Windthorst seine Worte sprach und der eine andere Beziehung als auf das Zentrum völlig ausschließt. Als Schlußredner warf Windthorst zunächst einen Rückblick auf die gehaltenen Reden und kam dann, indem er die Einigkeit zwischen Volk und Episkopat pries, auf das Zentrum zu sprechen:

„. . . Wir lassen nicht so allmählich die Dinge einschlafen, wir sind recht wach, wissen heute, wie vor zehn Jahren, daß die Maßgeße durchaus nicht taugen, und daß die Freiheit der Kirche um jeden Preis errungen werden muß. (Bravo!) Wir sind noch ebenso kampfesfähig wie damals. (Bravo!) Und das ist ja das Schöne bei uns: wenn einer fällt, wenn Gott ihn zu sich ruft, dann kommt immer ein anderer und tritt in seine Stelle. Und wie unser Episkopat, unser Alerus sich fort und fort erneuert, so erneuern sich auch die, welche berufen sind, in den parlamentarischen Körpern unsere Rechte zu vertreten. Wenn die Herren glauben, wenn Dieser oder Jener, von Gott abberufen, dabonginge, dann würde es aus sein, — dann irren sie sich gründlich.“

Windthorst gibt dann seiner Freude Ausdruck, daß die Versammlung in diesen Tagen „der Reihe nach die ausgezeichnetsten jungen Männer aus unserem Zentrum“ gehört habe, die, „wenn die Alten nicht mehr sind, in die Bresche treten“ würden:

„Und, meine Herren, das wird ein noch viel stattlicheres Zentrum sein, als das heutige. . . . Das für diejenigen, welche glauben, das Zentrum — so heißt augenblicklich die parlamentarische Vertretung der Katholiken — das Zentrum könne sterben. . . Das Zentrum stirbt nicht und ergibt sich nicht. (Bravo!) Das ist der Vorzug des Zentrums vor der Garde. . . . Der Dienst in unserem Korps ist immer freiwillig. Das muß er bleiben; es ist für die einzelnen Personen in dem Zentrum gar nichts zu holen, als Hohn und Schimpf. Aber ein gutes Gewissen können wir behalten. . . Außerdem ist es doch auch ein Labsal, wenn wir für die Mühen und die Arbeiten, denen wir uns unterziehen müssen, so freundlich behandelt werden.“

Er sprach dann den Bischöfen den Dank aus, daß sie mit diesem seltenen Eifer den Verhandlungen beigewohnt und dadurch ihnen gewissermaßen die Weihe gegeben hätten:

„Und das halte ich für außerordentlich bedeutsam gegenüber dem gesamten katholischen Volke, insbesondere aber gegenüber uns selbst. In der heutigen Zeit hat sich die Notwendigkeit geltend gemacht, daß auch Laien in die kirchlichen Verhältnisse sich gleichsam einmischen müssen, weil sie allein nach Lage der Gesetzgebung imstande sind, ganz und voll das zu sagen, was ihnen auf dem Herzen liegt . . . Und wenn wir hier erscheinen, zu Ihnen sprechen und dann die Herren Bischöfe hier sehen dann bergegenwärtigen wir uns die Frage: sind wir auch im vollen und ganzen Einverständnis mit der Lehre der Kirche und den Autoritäten. In dem Augenblicke, wo wir nur eine Linie davon abweichen, wären wir unwiederbringlich verloren, und unser Gewissen wäre schwer belastet. Darum habe ich gesagt, es sei so wichtig, daß die Herren Bischöfe hier waren und uns gehört haben . . . Wir haben aber auch in Berlin im Reichstag und im Landtag immer Vorsorge, daß wir Kontrolleure haben, die auf uns in diesem Punkt genau acht geben, ob irgend etwas nicht richtiges gesagt wird . . .“

Zu der damaligen Lage der kirchenpolitischen Verhältnisse meinte er, auf die Praxis des englischen Parlaments hinweisend, wo man die Anträge so lange wiederhole, bis sie angenommen seien:

„so müssen wirs auch machen. In Berlin tun wirs auch so. Da bringen wir unsere Anträge wegen der kirchenpolitischen Sachen immer wieder vor . . . und müssen . . . alle parlamentarisch erlaubten Mittel brauchen, um unseren Willen durchzusetzen“.

Er kam dann auf die Wahlen:

„Es muß zunächst dafür gesorgt werden, daß die Zentrumsleute wiedergewählt werden . . . Das aber kann ich Ihnen sagen, ein Nationalliberaler und Freikonservativer kann nie gewählt werden, denn die hörten auf zu existieren, wenn sie nicht mehr den Kulturkampf hätten.“

Man wird zugeben, daß es eine kühne Zumutung ist, die Wachen an die Leser seiner Schrift stellt, wenn er von

ihnen verlangt, die obigen Worte Windthorsts nicht auf das Zentrum zu beziehen, nicht für das Zentrum gelten zu lassen. Ebenso klar und bestimmt wie die Worte selbst sind, ebenso fest steht ihre Beziehung auf das Zentrum. Daran vermag der Entscheid von Bâchem: „Dort redete er als Katholik zu Katholiken, nicht als Führer der politischen Zentrumsparlei“ nichts zu ändern. Gewiß, die Kundgebung Windthorsts ist niederschmetternd für diejenigen, die von katholischer Weltanschauung des Zentrums nichts wissen wollen. Aber sie besteht und gilt und ist um so bedeutungsvoller, als sie in der feierlichen Schlussrede vor der gewaltigen Versammlung, vor den Bischöfen und den Vertretern des gesamten katholischen Deutschlands und vor den Repräsentanten des Auslandes, also gewiß nicht ohne Abwägung der Worte, erfolgt ist. Man beachte: „Sind wir (im Zentrum) auch im vollen Einverständnis mit der Lehre der Kirche und mit den Autoritäten? In dem Augenblick, wo wir nur eine Linie davon abweichen, wären wir unwiederbringlich verloren“ — sagt Windthorst, und da will man behaupten, daß für das Windthorst'sche (!) Zentrum der Grundsatz, daß dasselbe bei seiner politischen Betätigung sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu halten hat, nicht gilt.¹⁾

Auf der Katholikerversammlung zu Frankfurt a. M. im Jahre 1882 erklärte der verstorbene Zentrumsführer Freiherr von Schorlemer-Mst nach dem stenographischen Bericht:

„Man hat das Zentrum einen unüberwindlichen Turm genannt. Diese Bezeichnung halte ich doch nicht für richtig. Das Zentrum

¹⁾ Weitere Kundgebungen Windthorsts und der anderen Führer in ganz gleichem Sinne finden sich namentlich im Kap. VII „Zentrum und Kölner Richtung“ zitiert. Außerdem wird auf die wertvolle Zu-

ist nicht der unüberwindliche Turm, aber das Zentrum steht auf der Spitze des unüberwindlichen Turmes der Kirche (sehr richtig) und ich akzeptiere das Zeugnis für die katholische Kirche (Bravo.)"

Auch Schorlemer sprach hier zu Katholiken, aber was er sagte, betraf doch das Zentrum. Auch nach ihm steht das Zentrum auf dem Boden der Kirche. Nach Bachem aber ist es Quertreiberei, mit Schorlemer und mit Windthorst dies zu behaupten!

In seiner Schrift (S. 54) versucht Jul. Bachem die Bedeutung der Kundgebungen v. Mallinckrodt's über den Charakter des Zentrums gegenüber denjenigen der anderen Führer, namentlich Windthorst's, abzuschwächen, indem er meint, Hermann v. Mallinckrodt habe mehr in den Traditionen der ehemaligen katholischen Fraktion gelebt und seine parlamentarische Wirksamkeit falle in die Zeit bis 1874, wo die kirchenpolitische Frage das ganze Interesse des Zentrums beherrscht habe, Windthorst dagegen habe dem Parlament bis 1891 angehört „und zwar mehr und mehr als der unbestrittene, alle überragende Führer“ und „er sei es besonders gewesen, der den politischen nichtkonfessionellen Charakter der Zentrumsfraktion, so wie sie heute ist, klar, scharf und bewußt herausgearbeitet habe“. Es ist wohl das erstemal, so lange das Zentrum besteht, daß zwischen diesen beiden großen Führern, an denen das ganze katholische Volk in Deutschland mit der gleichen Liebe und der gleichen Begeisterung hängt und in denen es, ungetrennt, in dem einen wie in dem anderen, den verkörperten einen Zentrumsgedanken erblickt, auf eigener Seite ein solcher Gegensatz zu konstruieren versucht wird. Ich fühle mich verpflichtet, will mich hier

sammenstellung Dr. Krueckemeiers in den Historisch-politischen Blättern Heft 9, 10 und 11 1913 verwiesen.

aber auch darauf beschränken, für mich und alle, denen das Andenken an das einige harmonische Zusammenwirken gerade dieser beiden großen Führer des katholischen Volkes heilig ist, einen solchen Versuch zurückzuweisen. Die Frage aber möchte ich stellen: Hat v. Mallinckrodt oder konnte v. Mallinckrodt den katholischen Gedanken der Partei unterschiedener betonen, als es von Windthorst durch die obigen Worte und durch seine zahlreichen anderen Kundgebungen, ebenso von Bischof v. Ketteler und den anderen alten Führern zu wiederholtenmalen geschehen ist? Eine Reihe dieser Aussprüche ist in meiner Schrift, namentlich in Kapitel VII wiedergegeben, sie könnte ohne Mühe um das zweifache, dreifache erweitert werden. Aus ihnen allen klingt die vollste Harmonie in der Auffassung über die katholische Weltanschauung der Partei heraus.

2. In einem Artikel des Hauptorgans der Windthorstbunde, der zum Teil auch in der Kölnischen Volkszeitung Aufnahme gefunden hat, ist die Darstellung, die ich von der Niederlegung des Protektorats über die Windthorstbunde seitens des Fürsten Loewenstein gegeben habe, bemängelt. Ich habe darauf meine Schrift an den Fürsten gesandt mit der Bitte, mir mitzuteilen, ob und was an der Schilderung Seite 3 und 4 etwa nicht richtig sei. Derselbe antwortete, daß der Vorgang sich so zugetragen und seine Worte richtig wiedergegeben seien. Der so nochmals bestätigte Abschnitt in „Zentrum und Kölner Richtung“ Seite 3 und 4 lautet:

Was die Umwandlung der Windthorstbunde betrifft, so hat sich dieselbe damals fast unbemerkt vollzogen und die Öffentlichkeit hat sich nur wenig mit ihr beschäftigt. Und doch handelt es sich bei ihr um einen

Vorgang, der von tiefgreifender Bedeutung für das politische und katholische Leben in Deutschland ist und deutlich erkennen läßt, wohin der Kurs geht. Bis 1905 hatten die Windthorstbunde einen katholischen Charakter. Auf dem Bundestage zu Köln 1905 wurde der Beschluß gefaßt, den katholischen Charakter fallen zu lassen und interkonfessionell zu werden. Auf dem Bundestage zu Wiesbaden 1907 wurde von Essen-Breslau der Antrag auf Wiederherstellung des katholischen Charakters gestellt. Begründet wurde dieser Antrag vom Fürsten Löwenstein, dem Protektor der Windthorstbunde, der ausführte: „die Religion umfasse alle Gebiete des Lebens und könne daher bei der politischen Erziehung der Jugend nicht entbehrt werden. Diese Religion könne für uns nur die katholische sein. Er sehe in dem Bestreben, überall das Wort katholisch zu vermeiden, eine Gefahr für den Glauben. Er ersuche, dem Antrag zuzustimmen“. — Er fuhr dann tödtlich fort: „Ich verdiene mit Schimpf und Schande hier hinausgejagt zu werden, wenn ich nicht in meiner Eigenschaft als Protektor für die Aufrechterhaltung des katholischen Charakters der Windthorstbunde mit aller Entschiedenheit eintreten würde“.

Der Antrag wurde indes abgelehnt. Der greise Fürst ergriff darauf nochmals das Wort und erklärte: „Meine Herren! Ich muß jetzt von Ihnen scheiden. Ich wünsche dem Windthorstbunde eine segensreiche Entwicklung. Durch meinen Eintritt in den Orden hätte ich demnächst mein Amt als Protektor niederlegen müssen, desungeachtet muß ich jedoch, um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, erklären, daß es mir nach dem soeben gefaßten Beschlusse unmöglich ist, Protektor zu bleiben. Vor Schmerz über diesen Beschluß könnte sich mir das Herz im Leibe herumdrehen. Hiermit lege ich das Protektorat nieder.“

Er verließ dann den Saal, lehrte aber am folgenden Tage noch einmal zu den Verhandlungen zurück, um die Mitteilung zu machen, „daß sämtliche deutsche Bischöfe auf dem Boden des Antrages ständen und wünschten, daß der Windthorstbund katholisch bleibe.“ Als ihm darauf erwidert wurde, daß zwischen Wunsch und Beschluß unterschieden werden müsse, ein Beschluß der Bischöfe aber wohl nicht vorliegen könne, da sie die gegenläufige Ansicht noch nicht gehört hätten, und daß die Mitglieder der Bunde auch fernerhin gute Katholiken bleiben würden, — da erwiderte der Fürst: „Ich höre immer das Wort, wir wollen katholisch sein und sind katholisch. Aber meine Herren! man darf es nur nicht öffentlich sagen.“

Mit diesen Worten schied der Fürst von dem Windthorstbunde, dem er seit seiner Gründung ein treuer und wahrer Protektor gewesen war. Der ganze Vorgang ist typisch dafür, wie intensiv und planmäßig an der Entkonfessionalisierung der katholischen Organisationen, selbst derjenigen, die für die heranwachsende Jugend bestimmt sind, gearbeitet wird.

In dem Artikel ist weiter gesagt, daß bei der Entkonfessionalisierung der Windthorstbunde nicht etwa Persönlichkeiten außerhalb des Bundes, insbesondere nicht Herr Julius Bachem tätig gewesen seien, sondern daß sie aus dem Bunde selbst heraus betrieben worden sei. Wenn letzteres richtig ist, dann beweist dies nur, daß die Interkonfessionalisierungstendenz im Windthorstbunde schon vor seiner Entkonfessionalisierung angelegt hatte und mein Hinweis auf das bedenkliche Umsichgreifen dieser Tendenz wohl begründet ist. Welche Fortschritte der Windthorstbund inzwischen, nach seiner Entkonfessionalisierung, in dieser Richtung gemacht hat, zeigt nachstehendes Zirkular, das in Masse versandt ist:

Verband der Windthorstbunde

Deutschlands

Cöln, Poststempel-Datum.

Cöln, Am alten Ufer 47.

Sehr geehrter Herr!

Wir nehmen uns die Freiheit, Ihnen die auf der Einlage (siehe den unten abgedruckten Zettel) bezeichnete Neuerscheinung als Drucksache zu übersenden und bitten Sie höflichst, die Sendung gest. annehmen zu wollen.

Zu freundl. Übermittlung des Gegenwertes in der bequemsten Form belieben Sie sich der einliegenden Zahlkarte zu bedienen. Wenn Sie diese kleine Sache sofort erledigen wollen, werden Sie uns besonders dankbar finden. Ihnen selbst wird es lieb sein, keine Notizen darüber machen zu müssen; uns sind umständliche, zeitraubende Buchungen und Erinnerungen erspart. Also glatte Regelung ist für beide Teile von Vorteil!

Sollten Sie wider Erwarten das Buch nicht behalten wollen, dann verweigern Sie, bitte, die Annahme, es gibt dann keine besonderen Unkosten!

Mit vorzüglicher Hochachtung
 Generalsekretariat des Verbandes
 der Windthorstbunde Deutschlands
 Dr. Scharmsel.

Die hierin erwähnte Einlage ist ein roter Zettel mit folgender Aufschrift:

„Das Zentrum
 wie es war, ist und bleibt“
 Von Dr. Julius Bacher.

Eine Erwiderung auf die Broschüre „Zentrum und
 Kölner Richtung“ von Oberlandesgerichtsrat Koeren.
 90 Pfg.

Daß der Windthorstbund als solcher, durch das Generalsekretariat seines Verbandes, in dieser Weise, anscheinend auf eigene Rechnung und Gefahr, den Absatz einer in einem anderen Verlage erschienenen Schrift besorgt, ist signifikant und war bei ihm, so viel ich weiß, bisher nicht üblich.

Auf die in dem Artikel noch enthaltene Begründung für das Aufgeben des katholischen Charakters einzugehen, ist hier nicht der Platz. Aber eine Frage hat sich mir bei der Lektüre doch aufgedrängt: Wie haben sich die Hoffnungen auf den Zufluß protestantischer Mitglieder in den acht Jahren seit der Entkonfessionalisierung denn eigentlich bewährt? Sovieel ich weiß, beträgt die Zahl der protestantischen Bundesbrüder noch nicht $\frac{1}{2}$ Prozent!

3. Noch eine andere Unterstellung habe ich zurückzuweisen, die zwar mit der Sache selbst wenig zu tun hat, aber doch

der Richtigstellung bedarf. Zum Nachweis der „Ideenverbindung“, die nach der Kölnischen Volkszeitung zwischen der diesseits vertretenen päpstlichen Richtung und dem Liberalismus (!) bestehen soll, erhebt Bachem in seiner Schrift (Seite 70 und 71) folgende Anschuldigung, die ich wörtlich hierher setze, weil sie zeigt, wie Argwohn zu grundlosen Verdächtigungen führt:

„Mit dem Erscheinen der Roerenschen Schrift selbst hat es bezeichnenderweise folgendermaßen gegangen, wie der Verlag der Kölnischen Volkszeitung festgestellt hat. Bereits am Mittwoch, 27. August 1913, war die kulturkämpferische alldeutsch-liberale Rheinisch-Westfälische Zeitung in Essen in der Lage, in ihrer Abendausgabe (Nr. 1025) in einem Leitartikel die Roerensche Schrift anzukündigen und zu besprechen mit dem Schlußausruf: „Der Friede von Mex ist gebrochen“. Darauf folgte am Samstag, 30. August, die Kölnische Zeitung (Nr. 982) und dann die übrige liberale und die sozialdemokratische Presse — alles noch ehe das in der Schrift zunächst bekämpfte Presorgan, die Kölnische Volkszeitung, auch nur die Broschüre in ihrem roten Gewande (!) zu Gesicht bekommen konnte. Obwohl bereits in der vorhergegangenen Woche in einer Reihe Kölner und benachbarter Blätter Verlagsanzeigen der Schrift erschienen waren, vermochte kein Kölner Buchhändler vor dem 1. September Exemplare zu liefern. Trotz mehrfacher unmittelbarer und mittelbarer Bestellung, selbst auf telegraphischem Wege, war es der Kölnischen Volkszeitung erst möglich, am Montag, 1. September, morgens, Exemplare der Schrift zu erhalten. Wie ist diese merkwürdige Sache zu erklären? Doch nur dadurch, daß man vor Erscheinen der Schrift im Buchhandel der gegnerischen Presse die Broschüre übersandte oder vorher Reindruckbogen zur Verfügung stellte, damit sie so rasch als möglich darauf aufmerksam machen konnte. Also die Gegner erhielten die Broschüre zuerst! Liegt nicht auch darin eine gewisse „Ideenverbindung“ in dem bezeichneten Sinne?“

Beides ist un wahr: weder ist der gegnerischen Presse vor dem Erscheinen im Buchhandel die Schrift übersandt, noch

sind ihr vorher Reindruckbogen zur Verfügung gestellt worden. In Nr. 3 der Petrusblätter vom 15. Oktober 1913 erklärt der Verlag: „Alle Rezensionsexemplare sind nachweislich am 26. August versandt worden, an dem gleichen Tage, an dem die Exemplare zur Auslieferung an den Buchhandel nach Leipzig gingen. Aushängebogen waren nicht ausgegeben. Alle direkt beim Verlag bestellten Exemplare wurden — soweit die erste Auflage nicht vergriffen war — sofort nach Eingang der Bestellungen ausgeliefert.“ Wenn Herr Bachem es verdächtig findet, daß liberale und sozialdemokratische Blätter der Zentrumspresse mit der Rezension zuborgekommen sind und längere Besprechungen brachten, während die Zentrumspresse überall noch schwieg, dann wird er doch wohl am besten wissen, daß die Zentrumsblätter — ausgenommen die wenigen noch unabhängigen und selbständigen Organe — für ihre Stellungnahme erst das Signal von „Köln“ abzuwarten pflegen, und daß sie in diesem Falle schwiegen, weil die Kölnische Volkszeitung schwieg. Erst als in ihr das Verdikt über meine Schrift gesprochen war, konnten die bekannten „Korrespondenzen“ ihre Kritik zusammensetzen und druckfertig an die abonnierten Blätter versenden. Der wörtliche Abdruck dieser Korrespondenzen bildet dann die „übereinstimmende Kritik“, durch welche von „Zentrumsseite“ die Schrift abgelehnt sein soll. Es wird aber Herrn Bachem nicht entgangen sein, daß der größte Teil der Zentrumspresse und namentlich die angesehensten der selbständigen und unabhängigen Organe sich dieser „übereinstimmenden“ Kritik nicht angeschlossen haben. Im Übrigen kann es bei der gekennzeichneten Übung nicht Wunder nehmen, daß die liberale Presse mit der Besprechung eher auf dem Plane erschien, als der von „Köln“ abhängige

Trust der Zentrumsblätter. Jedenfalls bedurfte es zur Erklärung dieses Nachhinkens nicht der Konstruktion eines besonderen auf Ideenverbindung beruhenden unfairen Verfahrens.

Die Worte Bachems von dem „roten Gewande“, in dem meine Schrift erschienen, lassen vermuten, daß auch er an der roten Farbe des Einbandes Anstoß genommen. Zahlreiche Blätter minderer Bedeutung machen die rote Farbe sogar zum Gegenstand tiefgründiger Kritik und schreiben, „schon durch die rote Farbe kündigte sich die Schrift als Streitschrift an“ andere potenzieren das Rot zu „schreiend rot“, „sensationsrot“ usw. Zur Beruhigung aller durch das Rot gereizten Gemüter versichere ich, daß die Wahl der Einbanddecke ohne böse Absicht erfolgt ist und Streitlust und Sensationsgedanken mir ebenso fern gelegen haben, wie vielleicht den Jesuiten bei der roten Farbe ihrer Laacher Stimmen und der Kölner geistlichen Behörde bei dem „schreiendroten“ Direktorium pro 1913. Hiermit dürfte die Farbenfrage eine allseits beruhigende Lösung gefunden haben.

4. Seite 65 schreibt Jul. Bachem:

„Kein Satz findet sich in der Schrift Zentrum und Kölner Richtung, der Verständnis und Empfindung dafür zeigt, wie wichtig es im Interesse eines Staatswesens ist, in welchem die Konfessionen so gemischt sind wie im Deutschen Reiche, daß die Trennung im Glauben, welche durch Gottes Zulassung die Bevölkerung spaltet und so viele Schwierigkeiten auch im öffentlichen Leben schafft, sich nicht mehr geltend mache, als die notwendige Wahrung des Glaubensstandpunktes es erheischt.“

Ich verweise demgegenüber auf den Abschnitt „Zusammenarbeit mit Andersgläubigen“ Seite 7 fgg. in Zentrum und Kölner Richtung, wo unter anderem ausgeführt ist:

„Wir leben einmal in einem konfessionell-gemischtem Staatswesen, in welchem die einzelnen Konfessionen auf ein Zusammenleben und Zusammenarbeiten angewiesen sind. Je friedlicher und einträchtiger sich dies gestaltet, umso mehr Segen wird daraus für die Gesamtheit und den einzelnen erwachsen, während Unfriede und Gespanntheit nur Unheil bringen kann. Ja, es gibt große Aufgaben, namentlich in der Politik, deren Lösung ohne Zusammenwirken der einzelnen Konfessionen, wie bei uns nun einmal die Verhältnisse liegen, kaum zu erreichen ist, und selbst in weniger wichtigen Fragen wird der Zusammenschluß oft die Erledigung nur erleichtern können. Die Parlamentsgeschichte bestätigt dies, sie zeigt, daß gerade die größten Gesetzgebungswerke nur durch Anschluß der verschiedenen Fraktionen zustande gekommen sind und auch auf kulturellem Gebiet manch unheilvolles Gesetz nur dadurch verhindert oder doch gemildert ist, daß protestantische Mitglieder anderer Fraktionen hier mit dem Zentrum zusammengingen. Es wäre deshalb Torheit und Engherzigkeit, der Zusammenarbeit mit Andersgläubigen entgegen zu sein. Aber dies Zusammengehen braucht keine Verschmelzung, keine Fusion zu sein, die ein Zurückdrängen der eigenen religiösen Grundsätze bedingt. . . Hermann v. Mallinckrodt bezeichnet das Verhältnis wiederholt treffend als „Alliance“ und als „Bundesgenossenschaft, in der die Konfessionen frei und selbständig nebeneinander stehen. . .“

Wenn man hierzu die Ausführungen im Kapitel V daselbst über den Anschluß von Protestanten an das Zentrum berücksichtigt, die Herr Bachem doch gelesen hat, dann ist die Rüge „kein Wort des Verständnisses und der Empfindung usw.“ nicht mehr zu verstehen. Die in der Presse aber fortgesetzt traktierte Behauptung, diesseits werde die Zusammenarbeit mit den Protestanten und ihr Anschluß an das Zentrum abgelehnt, muß als ebenso grundlose, wie gewissenlose Verdächtigung, die man bei ehrlichen Gegnern nicht erwarten sollte, zurückgewiesen werden.

5. Der Vorwurf, daß der Streit durch meine Schrift wieder angefacht sei, kann bona fide nur von solchen erhoben werden, die in den letzten fünf Jahren gegenüber den Vorgängen auf parteipolitischem Gebiete Auge und Ohr verschlossen gehalten haben. Nach der Erklärung des Landesausschusses vom 28. November 1909 und 24. Oktober 1910 sollte der Streit über den Zentrumscharakter ruhen. Indes nach kurzer Unterbrechung nahm die Kölnische Volkszeitung und die ihr zu Diensten stehende Presse den Kampf wieder auf. Tag auf Tag wurden wieder — zum Überdruß selbst ihrer eigenen Freunde — Artikel über Artikel gebracht gegen das „Quertreibertum“, und wie die Bezeichnungen heißen mögen, teils als Redaktionsarbeit, teils als Zuschriften von „einem hochangesehenen Geistlichen aus der Diözese so und so“ oder „aus parlamentarischen Kreisen“, teils als Reproduktionen aus befreundeten inländischen oder ausländischen (meist schweizerischen) Blättern. Daneben ließ Herr Julius Bachem seine „Losen Blätter“ erscheinen mit einer Apologie seines Turmartikels, der Mitveranlassung zur Abhaltung der Osterdienstagsbesprechung gewesen war. Darauf erschien seine Schrift „Erinnerungen eines alten Publizisten und Politikers“, wiederum mit einer Verteidigung seines Turmartikels. Insbesondere aber wurde (1912) von dem Mitredakteur der Kölnischen Volkszeitung Dr. Karl Hoerber eine besondere Schrift herausgegeben mit dem, — gegenüber der Mahnung des Landesausschusses, den Streit um den Zentrumscharakter ruhen zu lassen, — etwas herausfordernden Titel: „Der Streit um den Zentrumscharakter.“ In dieser Schrift ist, soweit der 140 Seiten umfassende Umfang Raum dafür gewährt, alles zusammengestellt, was bis dahin in Presse und Versammlung gegen das „Quertreibertum“

geleistet worden war. Wenn auf diese fortgesetzten Provokationen dann endlich eine Schrift zur Verteidigung erfolgt, die den Nachweis führen soll, daß es sich nicht um Quertreiberei und Nörgelei handelt, dann kann man gewiß nicht sagen, daß sie den Streit wieder angefacht habe.

Im übrigen ist es durchaus verkehrt, zu behaupten, der Landesausschuß habe die Forderung des Einklangs mit der katholischen Weltanschauung verworfen. Die Erklärungen vom 28. November 1909 und 24. Oktober 1910 enthalten davon nichts. Es findet sich in ihnen kein Wort von katholischer oder gemeinsam-christlicher Weltanschauung, geschweige denn, daß sie eine Entscheidung für die eine oder die andere treffen. Sie enthalten auch keine Definition des Zentrums und sollten sie nicht enthalten. Sie stellen vielmehr einzig den politischen Charakter des Zentrums fest, der diesseits stets betont und niemals bestritten ist. Professor Martin Spahn, neben Julius Bachem einer der führenden Geister der Kölner Richtung, gibt im Tag (Nr. 213 vom 11. September 1913) dem Landesausschuß folgende Zensur:

„Der Landesausschuß der Partei hat in seiner langen, auf die Beilegung des Streits abgesehenen Erklärung vom 28. November 1909 erst den Gedankengang der Noeren'schen Richtung über den Charakter der Partei als richtig wiederholt und dann, ohne von dem Widerspruch Aufhebens zu machen, ebenso die Hauptsätze der Kölner sich angeeignet.“

Ich führe dies nur an, um zu zeigen, daß selbst die um Bachem eine Verurteilung des von mir vertretenen Standpunktes in die Landesausschusserklärung nicht hineinlegen.

6. Zu der Bezeichnung „Kölner Richtung“ bemerkt Herr Julius Bachem (S. 32), daß dies Schlagwort nach der

Osterdienstagskonferenz (13. April 1909) entstanden sei, während noch in der bekannten Schrift „Köln, eine innere Gefahr“, fortgesetzt die Rede sei von der „Richtung Bachem“ und der „Richtung Roeren“. Er fährt dann wörtlich fort: „Herr Roeren sagt zwar selbst: »Schon die bloßen Bezeichnungen, die mit der Zeit für die beiden sich entgegenstehenden Anschauungen gebräuchlich geworden sind, haben zu Entstellungen und Mißverständnissen Unlaß gegeben.« Trotzdem gebraucht er in seiner Schrift lediglich die Bezeichnung **Köln**er Richtung.“ Was unter dieser Bezeichnung zu verstehen und wie sie zu erklären ist, habe ich S. 1 u. 2 in Zentrum und Kölner Richtung angegeben und dort bemerkt: „Andere, den Namen von Persönlichkeiten entnommene Bezeichnungen, wie „Richtung Bachem“, „Richtung Roeren-Bitter“ und dergleichen sind in dieser Schrift vermieden“. Letzteres ist geschehen, um möglichst alles Persönliche aus der Schrift fernzubehalten. Indes stimme ich hier dem Monitum Bachems insofern bei, als auch nach meiner Auffassung die Bezeichnung „Richtung Bachem“ den Vorzug vor „Kölner Richtung“ verdient. Sie bringt deutlicher zum Ausdruck, was gemeint ist, und entzieht jedenfalls der verwirrenden Entstellung den Boden, als sei mit „Kölner Richtung“ der Katholizismus der Kölner Katholiken oder gar der Katholiken der Erzdiözese Köln gemeint. Insbesondere aber werden die Versuche aufhören müssen, Zentrum und „Kölner Richtung“, jetzt also Zentrum und „Richtung Bachem“, zu identifizieren.

III.

Die Kritik im einzelnen

Keine Aktion gegen das Zentrum, sondern gegen die Richtung Bachem — Keine Definition und Programmänderung, sondern Ablehnung der Theorie von der „allgemeinchristlichen“ Weltanschauung — Nochmals katholische Weltanschauung und konfessionelle Partei — Beitritt von Andersgläubigen trotz der katholischen Weltanschauung — Falsche Auslegung der Worte „Einklang“ mit den katholischen Grundsätzen — Die Flugschrift von Dr. Carl Bachem — Freiheit und Selbständigkeit des Zentrums in seinen Entschlüssen.

So weit die Kritik auf die Sache selbst eingeht, besteht sie, wie ich schon bemerkte, fast ausschließlich in einer Wiederholung der alten Einwendungen, zu deren Widerlegung gerade meine Schrift geschrieben ist. Sie gibt mir keinen Anlaß, an meinen Ausführungen irgend etwas zu ändern oder sie in irgend wesentlichen Punkten zu ergänzen. Dennoch halte ich mich zu einigen Bemerkungen verpflichtet, weil nicht alles unwidersprochen nochmals in das Land gehen soll.

1. Auch bei der Kritik hat die Phrase „Aktion gegen das Zentrum“ wieder eine Rolle gespielt. Die Osterdienstagskonferenz soll gegen das Zentrum gerichtet gewesen sein. So wurde von Anfang an das Vorgehen in schlauer Berechnung dargestellt, um die Masse des katholischen Volkes, das am Zentrum hängt, von vornherein gegen die Konferenz einzunehmen. Um was handelte es sich denn bei der Besprechung? Lediglich darum, Stellung zu nehmen gegen gewisse Press-

erscheinungen, die außerhalb des Zentrums damals schon seit geraumer Zeit namentlich in der Kölnischen Volkszeitung hervorgetreten waren und deutlich den Charakter einer verhängnisvollen Interkonfessionalisierungs-Tendenz erkennen ließen. Was das politische Gebiet angeht, so war diese Tendenz außer in dem bekannten Turmartikel, der unten noch zu erwähnen ist, insbesondere schon im Jahre 1907 in dem Artikel Nr. 494 vom 26. Mai der Kölnischen Volkszeitung hervorgetreten, wo in Bekämpfung der katholischen Grundlage das Zentrum als eine Partei „definiert“ wurde, die „im Lichte der christlichen Weltanschauung“ (christlich also auch hier schon in direktem Gegensatz zu katholisch) die politischen Fragen zu behandeln habe. Im Zentrum selbst war damals von dieser Tendenz noch nichts zu verspüren. Gegen das Zentrum zu agieren, lag also nicht der geringste Anlaß vor. Nur in der Presse machten sich diese Bestrebungen breit und nur gegen diese Pressaktion war das Vorgehen der Konferenz gerichtet. Schon aus dem Einladungsschreiben zu der letzteren geht dies hervor. In demselben wurde zunächst allgemein darauf hingewiesen, „daß schon seit längerer Zeit in einflußreichen Blättern die Tendenz nach Interkonfessionalisierung der wichtigsten Kulturgebiete in bedenklichem Maße sich geltend mache, es sei deshalb angezeigt, einen Meinungsaustrausch darüber stattfinden zu lassen, wie diesen Bestrebungen (also den Bestrebungen in der Presse) auf demselben Wege, also ebenfalls in der Presse, einheitlicher und wirksamer entgegengetreten werden könne“. Das politische Gebiet betreffend wurde besonders hervorgehoben, „daß die Kölnische Volkszeitung nun schon seit Jahren daran sei, immer und immer wieder die Interkonfessionalität des Zentrums im Sinne des damals

fast von der gesamten Zentrums Presse zurückgewiesenen Turmartikels zu betonen, ohne dabei die Beziehung des Zentrums zur katholischen Weltanschauung hervorzuheben. Dadurch müsse Verwirrung im katholischen Volke angestiftet und das Vertrauen desselben zum Zentrum erschüttert werden“.

Nur in diesem Sinne ist denn auch der Beschluß der Konferenz aufzufassen:

„bei der Behandlung der Frage nach dem Charakter des Zentrums, die nun schon seit Jahren fortgesetzt von der Kölnischen Volkszeitung behandelt wird, die Auffassung zu Grunde zu legen: daß das Zentrum eine politische Partei ist, die sich zur Aufgabe gesetzt hat, die Interessen des gesamten Volkes (also nicht nur des katholischen, Artikel 29 der Verf.) auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens (also nicht nur auf kirchlich-politischem) zu vertreten und zwar im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung.“

Der Wortlaut ergibt klar und unwiderleglich, daß der Beschluß sich lediglich gegen die Presse und die in ihr vertretene Interkonfessionalisierungstendenz richtet und daß es geradezu widersinnig ist, von ihm als von einer Aktion gegen das Zentrum zu reden. Im Zentrum, wie bereits gesagt, zeigte sich damals nichts von solchen Bestrebungen; zu einer Aktion gegen dasselbe lag deshalb gar keine Veranlassung vor. Der obige Satz sollte, wie ich schon in meiner Flug-schrift „Zur Klarstellung“ im Jahre 1909, kurz nach der Konferenz, namens der sämtlichen Teilnehmer ausdrücklich erklärt habe, „lediglich die Richtlinien bezeichnen, in denen sich bei der (gerade damals in der Presse besonders ventilierten) Frage nach dem Charakter des Zentrums unsere Ausführungen bewegen sollten.“ Auf diese Weise sollte der einseitigen Behandlung dieser Frage, die notwendig zur Verwirrung

führen mußte, „einheitlicher und planmäßiger in der Presse und auf den Versammlungen entgegen getreten werden“. Es handelte sich also lediglich um Stellungnahme gegen eine Tendenz, die sich erst außerhalb der Partei in der Presse bemerkbar machte und die öffentliche Meinung gegen die alte Grundlage des Zentrums zu beeinflussen suchte. Dies geht aus den angegebenen Vorgängen so klar und unanfechtbar hervor, daß ein Bestreiten ohne glatte Ablehnung der Tatsachen nicht möglich ist. Dennoch ging man auf Seiten Bachems, wohl das Bedenkliche der Situation herausführend, sofort zu der Taktik über, unbekümmert um den klaren Wortlaut des Beschlusses, unbekümmert um die Veranlassung und die Umstände, unter denen er gefaßt ist, fortgesetzt von einer gegen die Zentrumsparthei gerichteten Aktion, wie von einer feststehenden niemals bestrittenen und niemals widerlegten Tatsache zu reden und durch Entrüstungsartikel über „Sprengpulver“, „Mauerfraß am Zentrumsturm“ usw., deren einer dem anderen folgte, dem Volke Entrüstung gegen die Osterkonferenz zu suggerieren. Diesen Versuchen ist der Leiter der Konferenz, der damalige Reichstagsabgeordnete Justizrat Dr. Bitter bereits im Juli 1909, also unmittelbar nach der Konferenz, in einem Schreiben, das sämtlichen Stellen zugegangen ist, denen Kenntnis von dem Beschlusse gegeben war, entgegengetreten. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß der Vorwurf der Interkonfessionalisierung falsch dahin gedeutet werde, als sei derselbe auch gegen die Zentrumsfraktion gerichtet, und dann wörtlich fortgefahren:

„Um solche mißverständliche Auslegung für allemale unmöglich zu machen, erkläre ich hierdurch ausdrücklich, daß es sich bei unseren Bestrebungen keineswegs um eine Aktion gegen das Zentrum, geschweige denn um eine gegen dasselbe

gerichtete neue Organisation handelt. Was wir bekämpfen, ist das vielfach in Presse und Druckschriften hervorgetretene Bestreben, den wirklichen Charakter des Zentrums, wie wir ihn festzustellen versucht haben, zu verwischen."

Wenn trotzdem auch jetzt noch immer wieder von einer gegen das Zentrum unternommenen Aktion geredet und geschrieben wird, dann ist das eine Kampfweise, die offensichtlich nur dazu dienen soll, die weniger orientierte Masse des Volkes gegen die Gegner der Richtung Bachem aufzureizen, und die in einem Kampfe um so ernste Grundsätze verschmährt werden sollte.

Ähnlich verhält es sich mit der sogenannten „Definition.“

Aus dem Vorstehenden geht hervor, daß es sich bei der Aufstellung des umstrittenen Satzes lediglich um eine Zusammenfassung derjenigen Gesichtspunkte handelte, unter denen bei der Erörterung des Parteicharakters der Tendenz des Turmartikels entgegengetreten werden sollte. Kein Teilnehmer hat auch nur entfernt an eine „Definition namens der Partei“ gedacht oder sich angemacht, mit jenem Satze der Partei oder der Fraktion eine Definition zu oktroyieren. Niemand hat jemals verlangt, daß jener Satz als offizielle Parteidefinition gelte oder von der Partei als „Definition des Zentrums“ offiziell anerkannt werden solle. Noch viel weniger ist verlangt, daß er in das Programm aufgenommen werde. Ich würde einem solchen Ansinnen, wenn es gestellt worden wäre, widersprochen haben. Denn an dem Programm, das von den Gründern aufgestellt ist und sich bewährt hat, soll nicht gerüttelt werden und die Aufstellung von Definitionen hat erfahrungsgemäß stets etwas Bedenkliches an sich. Entweder sind solche Definitionen nicht erschöpfend oder sie gewähren

Angriffspunkte, die nicht gewollt und nicht vorherzusehen waren. In diesem Sinne habe ich mich auch vor der Landesausschußsitzung vom 28. November 1909 dem damaligen Vorsitzenden gegenüber ausgesprochen und ausdrücklich erklärt, daß ich meinerseits von einer Definition abraten möchte. Eine Definition für die Partei ist also weder damals von der Konferenz verlangt, noch wird sie jetzt verlangt.¹⁾ Andere Parteien haben sie für sich nicht gegeben, deshalb kann auch das Zentrum davon absehen. Dagegen wurde es für nötig gehalten, der (wirklichen) Definition der Kölnischen Volkszeitung gegenüber, wonach das Zentrum eine Partei sein sollte, die „im Lichte der christlichen Weltanschauung“ (im Gegensatz zur katholischen) die politischen Fragen zu behandeln habe, die katholische Grundlage der Partei zu betonen, und zwar sollte dies geschehen in Gemäßheit des zu diesem Zwecke aufgestellten Satzes: daß die politische Betätigung der Partei sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu halten habe. Dieser Grundsatz sollte gegenüber der Definition der Kölnischen Volkszeitung mehr als bisher in Presse und Versammlung vertreten werden. Das ist die Bedeutung der „Definition“, die die Osterdienstagskonferenz aufgestellt hat.

Im Übrigen habe ich schon 1909 in meiner Flugschrift „Zur Klarstellung“ und zwar ebenfalls zugleich namens der sämtlichen Teilnehmer der Konferenz erklärt:

¹⁾ Das Bedürfnis nach voller Klarheit und Bestimmtheit der Grundsätze ist zwar infolge des Streits in den letzten Jahren dringender geworden, als je zuvor. Jedoch würde ich aus dem oben im Text hervorgehobenen Bedenken auch heute noch von einer „Definition“ oder „Programmänderung“ abraten. Dagegen läßt die Verwirrung, die erst durch die Bachemische Konstruktion der gemeinsam-christlichen Basis angerichtet ist, als geboten erscheinen, daß diese Basis von Parteitwegen ausdrücklich abgelehnt wird.

„daß es keinem von uns auch nur entfernt eingefallen ist, eine Definition zu geben, für welche über die Bedeutung einer reinprivaten Meinungsäußerung hinaus die Autorität irgend einer parteioffiziellen Erklärung in Anspruch genommen werden sollte.“

Und auf der bekannten Koblenzer Versammlung im August 1909, deren Anberaumung auf Veranlassung der Konferenz geschehen war, um die Bestrebungen der Letzteren darzulegen, habe ich gleich zu Beginn nach stenographischer Aufzeichnung folgendes bemerkt:

„Die Versammlung ist nicht dazu berufen, eine autoritative Definition des Zentrums zu geben, ebensowenig wie die Osterdienstagskonferenz sich dazu für berufen gefühlt hat . . .“

Deshalb hat auch keiner der Teilnehmer sich auf die Formulierung des Satzes besonders gestreift. Auch dies ist von mir schon in der lehterwähnten Schrift betont:

„Nicht auf die Fassung, die Form kommt es an, sondern einzig und allein darauf, daß der Grundgedanke zum Ausdruck gebracht wird; es wird daher jeder gern einer anderen Formulierung zustimmen, in der dies besser geschieht.“

Diese Erklärung habe ich dann in der Sitzung des Landesauschusses mit ausdrücklicher Bezugnahme auf die bekannten Sätze der Rheinbacher Rede des Abgeordneten Spahn sen. wiederholt.

Sachlich steht also nicht die Formulierung und nicht die Definierung in Streit, sondern der Grundgedanke selbst: daß die Tätigkeit des Zentrums sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu halten hat.¹⁾

¹⁾ Übrigens hat bis jetzt noch nicht ein Wort von der Formulierung als falsch oder mißverständlich bezeichnet werden können. Sie lautet: Das Zentrum ist eine politische Partei, die sich zur Aufgabe gesetzt

In Vorstehendem bin ich näher auf die „Definitionsfrage“ eingegangen, weil offensichtlich von den Führern der Richtung Bachem seit einiger Zeit die Taktik verfolgt wird, diese Frage in den Vordergrund des Streites zu schieben, und die Kernfrage mehr und mehr zurücktreten zu lassen. Sowohl in der Broschüre von Jul. Bachem, wie besonders in der Rede und Flugschrift von Carl Bachem und danach in verschiedenen Zentrumsversammlungen ist in geradezu überschwenglicher Weise mit der „Definitionsfrage“ (Carl Bachem spricht durchweg von „Roerenscher Definition“) operiert: „Das Zentrum brauche keine Definition“, „die Führer hätten ihm keine Definition gegeben, deshalb brauchten auch die »Nachgekommenen« es nicht zu tun“, „wenn denn mal definiert werden sollte, dann sollte so und so definiert werden“, „an dem Programm dürfe nichts geändert werden“ usw. usw. — alles Redewendungen und Vorhaltungen, die gegenstandslos sind, weil diesseits niemals eine Definition oder eine Änderung des Programms verlangt ist. Die Erklärung für diese Taktik ist einfach, sie liegt in der veränderten Lage des Streites: Nachdem der Turmartikel preisgegeben und die „Allgemein-christliche Weltanschauung“ fallen gelassen werden mußte, hat hat, die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens zu vertreten und zwar im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung.

Mit den Worten „die Interessen des gesamten Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens“ wird dem Erfordernis des Artikels 29 der Reichsverfassung Genüge geleistet und zugleich dem Einwand begegnet, daß das Zentrum als „konfessionelle Partei“ nur die Interessen der katholischen Volkes oder nur kirchlich-konfessionelle Interessen vertrete. Durch diese Worte wird also der Charakter des Zentrums als Verfassungspartei, als politische Partei zum Ausdruck gebracht. Mit den Worten „und zwar im Einklang usw.“ wird die Weltanschauung bezeichnet, auf deren Boden das Zentrum steht.

man auf seine Bacheims eingesehen, daß auch der Widerspruch gegen den Grundsatz wegen des Einklangs mit der katholischen Weltanschauung nicht mehr aufrecht erhalten werden kann und in Konsequenz hierbon der Grundsatz selbst, der alle diese Jahre hindurch mit den schärfsten und — es darf wohl gesagt werden — den massivsten Waffen bekämpft worden ist, anerkannt werden muß. Ein solches Anerkenntnis aber ist schwer, weil darin das Bekenntnis der Schuld an dem ganzen unglückseligen Kampfe liegt. Dies Bekenntnis soll nun erleichtert werden, dadurch, daß der Anschein erweckt wird, der Kampf sei nur gegen die „Definierung“ und „Formulierung“ geführt worden. Ich würde dieser Taktik nicht entgegentreten, sondern gern helfen, denen, die sie üben, goldene Brücken zu bauen, wenn nicht durch dieselbe neue Verwirrungen hervorgerufen würden, die eine endliche Austragung des Streitiges nur noch mehr erschweren.

3. Auch der Einwand, daß das Zentrum durch die Grundlage der katholischen Weltanschauung zu einer konfessionellen Partei gemacht werde, ist wieder erhoben, obgleich ich in meiner Schrift doch gerade diesen Einwand besonders eingehend behandelt und als falsch nachgewiesen habe. Ich habe ihm ein besonderes Kapitel — Kapitel IV, Politische Partei (Verfassungspartei) und Weltanschauung — gewidmet und die dort gegebene Begründung ist auch nicht in einem einzigen Punkte widerlegt. Ich beschränke mich deshalb hier darauf, auf die dortigen Ausführungen hinzuweisen. Die Unbestimmtheit und Dehnbarkeit des Begriffes „konfessionell“ bringt es mit sich, daß im gewöhnlichen Leben Einrichtungen, Vereine, Organisationen, die in irgend welcher,

oft nur in der losesten Beziehung zu einer Konfession stehen, als konfessionell bezeichnet werden, ohne daß man sich der Verschiedenheit der Merkmale für die Konfessionalität, je nachdem es sich um Einrichtungen und Vereinigungen auf charitativem, gesellschaftlichem, sozialem, kulturellem Gebiete handelt, bewußt ist. Auf politischem Gebiete aber hat der Begriff „konfessionell“ durch Artikel 29 der Reichsverfassung eine bestimmte Umgrenzung erfahren. Nach der Verfassung ist jede Partei, die sich gemäß Artikel 29 die Vertretung der Gesamtheit des Volkes zur Aufgabe gesetzt hat, eine politische, eine Verfassungspartei, einerlei, wie sie ihre religiösen Verhältnisse unter sich geordnet hat, die Verfassung kümmert sich um diese nicht. Ihr ist der Begriff konfessionell für das Parteileben fremd. Derselbe kommt für sie nur als Gegensatz zu politisch, also nur als Bezeichnung für eine Partei in Betracht, die nicht als politisch, nicht als verfassungsmäßig, nicht als Verfassungspartei anzusehen ist und deshalb eine verfassungsmäßige Existenzberechtigung nicht besitzt. Nur in diesem Sinne ist auch der stets von den Gegnern gegen das Zentrum erhobene Vorwurf der Konfessionalität zu verstehen, es soll damit dem Zentrum die verfassungsmäßige Existenzberechtigung abgesprochen werden. Auf politischem Gebiete kann daher auch nur in dieser Bedeutung von der Bezeichnung konfessionell Gebrauch gemacht werden, sodaß nur diejenige Partei als konfessionell zu bezeichnen ist, die nicht die Gesamtheit des Volks, sondern nur den einer bestimmten Konfession angehörenden Volksteil vertritt. Nach welchen religiösen Grundsätzen, ob nach den Grundsätzen der katholischen, rationalistischen, atheïstischen Weltanschauung die Vertretung geübt wird, ist der Verfassung gleichgültig. Im gewöhnlichen Leben allerdings und nach

dem landläufigen Sprachgebrauch, wo der Begriff konfessionell nicht scharf abgegrenzt wird, ist man geneigt, eine Partei, die auf dem Boden der katholischen Weltanschauung steht, als konfessionell zu bezeichnen; in dem für das politische Gebiet allein in Betracht kommenden Sinne der Verfassung indes bildet die Weltanschauung kein Merkmal der Konfessionalität einer Partei. Nur in diesem Sinne haben sich auch die Gründer und alten Führer des Zentrums stets gegen den Vorhalt der Konfessionalität gewehrt. Zahlreiche Belege dafür finden sich an der angeführten Stelle meiner Schrift. Wie wenig dieselben in der katholischen Weltanschauung ein Kriterium für die Konfessionalität erblickt haben, zeigen insbesondere die dort zitierten Worte des Bischofs v. Ketteler. Derselbe nennt das Zentrum ausdrücklich eine katholische Partei und das Programm ein katholisches Programm, verwarft sich aber gleichzeitig dagegen, daß das Zentrum eine konfessionelle Partei sei, — da es weder Vorrechte für die katholische Kirche, noch für das katholische Volk beanspruche, vielmehr die Interessen des gesamten Volkes im Sinne der verfassungsmäßigen Parität vertrete. Wenn Ketteler die Partei als katholisch bezeichnet, dann versteht sich für ihn von selbst, daß dieselbe auch auf dem Boden der katholischen Weltanschauung steht, denn eine katholische Partei ohne katholische Weltanschauung ist ein Unding. Trotzdem lehnt er ab, daß die Partei konfessionell ist. Auch die frühere „katholische Fraktion“, die schon durch ihren Namen sich zu der katholischen Weltanschauung bekannte, hat stets abgelehnt, eine konfessionelle Partei zu sein, — ein Beweis, daß auch sie in der katholischen Weltanschauung kein Merkmal verfassungswidriger Konfessionalität gefunden hat.

4. Daß der auch jetzt wieder erhobene Einwand: — Die Forderung des Einklangs mit der katholischen Weltanschauung mache es dem Protestanten unmöglich, ohne Verleugnung seines religiösen Standpunktes dem Zentrum beizutreten, — unbegründet ist, habe ich eingehend bereits in meiner Schrift (Kap. V) nachgewiesen. Ganz abgesehen davon, daß für den Protestanten auch auf religiösem Gebiet das Prinzip der freien Forschung besteht und schon dadurch der Anschluß erleichtert wird, ist insbesondere zu berücksichtigen:

1. daß es sich bei der Angliederung ans Zentrum nur um den Beitritt zu einer Organisation handelt, deren Hauptaufgabe in der politischen Tätigkeit und nicht in der Pflege des religiösen Glaubenslebens besteht, so daß die letztere für die Mitarbeit des Protestanten überhaupt nicht in Betracht kommt.

2. daß aber auch die politische Tätigkeit des Zentrums die Förderung der katholischen Interessen im öffentlichen Leben nur soweit ins Auge faßt, als dies innerhalb der durch die Verfassung gezogenen Grenzen, insbesondere also unter Wahrung der verfassungsmäßig garantierten rechtlichen Parität, geschehen kann.

Wenn nun ein Andersgläubiger findet, daß die vom Zentrum nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung geübte politische Tätigkeit den Grundsätzen entspricht, die er für die politische Tätigkeit einer Partei für gut und ersprießlich hält, so steht für ihn nichts im Wege, an dieser Politik mitzuarbeiten und der Partei, die diese Politik betreibt, beizutreten, zumal wenn andere Parteien nicht vorhanden sind, die im gleichen Maße seinen Grundsätzen entgegenkommen. Eine Verleugnung seines religiösen Standpunktes oder ein Bekenntnis zu den Lehren der katholischen Kirche ist dabei keineswegs erforderlich. Es genügt, daß er

die Überzeugung gewonnen hat, daß eine im Einklang mit den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung geübte Politik die relativ beste ist. Wenn trotzdem die Zahl der Protestanten, die sich dem Zentrum während der 43jährigen Zeit seines Bestehens angeschlossen haben, eine so minimale ist und selbst diese wenigen dem Zentrum fast ausschließlich nur als Hospitanten angehört haben¹⁾, so findet dies seine ganz natürliche Erklärung in der bei uns nun einmal bestehenden konfessionellen Gegenfäählichkeit, die es dem Protestanten schwer macht, einer Partei beizutreten, die nach dem von Peter Reichensperger entworfenen offiziellen Wahlaufuf von 1870²⁾ als „Vereinigung der Katholischen

¹⁾ Den Publizisten der Richtung Bacher scheint daran zu liegen, die früheren Abgeordneten Dr. Bruel und v. Gerlach als wirkliche Mitglieder der Fraktion (nicht als Hospitanten) figurieren zu lassen. Schon wiederholt habe ich darauf hingewiesen, daß Beide nach der Fraktionsliste Hospitanten gewesen sind. Trotzdem werden dieselben noch jetzt fortgesetzt als wirkliche Mitglieder bezeichnet. Von Dr. Hoerber ist zum Beweise sogar eine Postkarte Liebers als Faksimile reproduziert. Ich habe deshalb beim Bureau des Reichstags, wie des preussischen Abgeordnetenhauses um Auskunft gebeten. Dieselbe geht dahin:

1. Dr. Bruel gehörte der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses von 1871—1896 an, und zwar im ersten Jahre ohne Bezeichnung, von 1872 an bis 1896 alle Legislaturperioden hindurch mit der Bezeichnung Hospitant. Dem Reichstage hat Dr. Bruel von 1875 an während der II., III. bis V. und VIII. Legislaturperiode angehört, und zwar auch hier zuerst, also in der II. Legislaturperiode, als Mitglied des Zentrums, in allen folgenden Legislaturperioden aber mit der Bezeichnung Hospitant.

2. v. Gerlach hat im Abgeordnetenhaus dem Zentrum von 1873 bis 1877 angehört, und zwar mit der Bezeichnung Hospitant. Dem Reichstag hat v. Gerlach überhaupt nicht angehört, er wurde zwar am 10. Januar 1877 zum Reichstagsabgeordneten gewählt, starb aber bereits am 17. Februar desselben Jahres, noch vor dem Zusammentritt des Reichstags (22. Februar 1877).

Hiermit wird nun endlich wohl die Hospitantenfrage und die faksimilierte Postkarte Liebers mit ihrem Diktum: „Dr. Bruel und v. Gerlach, der Heideberger Rechtsanwalt Schulz, alle (!) alten Hannoveraner waren wirkliche Mitglieder, nicht bloße Hospitanten der Fraktionen“, ihre Erledigung gefunden haben.

²⁾ Vergleiche Seite 88 Zentrum und Kölner Richtung.

Bevölkerung“ gegründet ist. Dieser Tatsache ist sich auch der Protestant bewußt. Er weiß ferner:

1. Daß das Zentrum, wie die Kölnische Volkszeitung selbst noch vor einiger Zeit hervorhob, tatsächlich nun einmal „nur von Katholiken gegründet ist und zwar aus der Notwendigkeit heraus, den Katholizismus in Deutschland gegen Kirchenfeindschaft und Staatskirchentum zu schützen“,

2. daß dasselbe auf dieser Grundlage sich weiter entwickelt hat und seine Stütze und Wählerschaft nur im katholischen Volke findet, deshalb aber auch berufen ist, sich der Rechte des katholischen Volkes in besonderem Maße anzunehmen.

Diese Momente sind es, die den Protestanten abhalten, dem Zentrum beizutreten. Und so wird es bleiben, so lange das Zentrum auf seiner alten Grundlage beharrt. Das mag man bedauern, aber es kann nicht verlangt werden, daß das Zentrum seine Grundlage verläßt, um dafür den Beitritt einiger Andersgläubigen zu erlangen.

5. Die Auslegungen, die auch jetzt wieder den Worten „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung“ namentlich von Carl Bachem in seiner Flugschrift Zentrum usw. gegeben werden, grenzen an das Unglaubliche. Nur einige Zitate mögen hier Platz finden. Nach S. 22 und 23 seiner Flugschrift wird der Einklang mit der katholischen Weltanschauung bald zur sogenannten „katholischen Politik“ führen. Nach dieser aber, so sagt Bachem wörtlich,

„hätten auch während des letzten Balkankrieges, der ja noch nicht beendet zu sein scheint, die deutschen Katholiken unter einander sich bekriegen können, ob die „katholische“ Politik verlange, für oder gegen

die Türken, für oder gegen die Bulgaren, für oder gegen die Albanier Partei zu nehmen; sie hätten darüber streiten können, ob es während des Marokkokonfliktes „katholische“ Politik sei, für oder gegen die Freibereien der Alldeutschen sich zu erklären; ob es zurzeit von der „katholischen“ Politik bedingt sei, in Sachen der Erbfolge des Erbprinzen von Cumberland sich mit dessen Erklärungen zu begnügen oder weitergehende Garantien zu verlangen; usw., usw.

Wenn das Zentrum die Noerensche Definition übernehmen wollte, so müßte natürlich in allen Zentrumsfraktionen des Reichstages und der einzelnen Landtage bei allen Angelegenheiten des politischen Lebens, die zur Verhandlung kommen, zuerst entschieden werden, wie denn die „katholische Weltanschauung“ sich zu ihnen stellt. Sobald dann diese Frage geklärt ist, müßte die zur Debatte stehende politische Frage gelöst werden „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung“. Wenn es sich nun da um die Spureweite unserer Eisenbahnen in Afrika handelt? Ob wir die Kapspur annehmen sollen oder eine andere? Oder um die Frage, ob der Mittellandkanal bis Hannover bleiben oder bis zur Elbe geführt werden soll? Oder um die Frage, ob die Ausfuhrscheine für Getreide beibehalten oder abgeschafft werden? Oder um die Frage, ob wir weiter Zeppeline bauen sollen oder nicht? Oder um die Frage, wie bei den bevorstehenden Handelsverträgen die Seidenzölle zu verändern sind? In allen diesen Fragen wäre es doch einfach unmöglich, die „katholische Weltanschauung“ zur Entscheidung anzurufen. Die Liste solcher Fragen läßt sich natürlich leicht verhundertfachen, wie jeder sofort erkennt, der regelmäßig Zeitungen liest. Noeren aber verlangt, daß für das Zentrum die Lösung aller Fragen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens „im Einklang mit der katholischen Weltanschauung“ geschehen solle.“

Ferner Seite 19:

„ . . . Doch was ist „katholische Weltanschauung“ für das politische Gebiet, für das politische Wirken einer großen politischen Partei? Darüber steht gar nichts fest. Es gibt keine Instanz, welche im gegebenen Falle, wenn Streit entsteht, darüber entscheiden könnte. Das unfehlbare Lehramt der katholischen Kirche hat mit politischen Dingen im einzelnen nichts zu tun und hat es stets abgelehnt, über solche eine Entscheidung zu fällen. Für das politische Gebiet haben

Christus und die Apostel nur zwei allgemeine Lehren verkündigt, welche religiöser Natur sind: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!“ und „Seid der Obrigkeit untertan, denn diejenige, welche besteht, ist von Gott!“ Darüber hinaus sagt uns die katholische Weltanschauung für das politische Gebiet nichts.“

Seite 20:

„In politischen Angelegenheiten ist für uns maßgebend unsere politische Überzeugung; der oberste Leitstern ist das nationale Wohl unseres gesamten Volkes. Mehr wie neun Zehntel der Tätigkeit des Zentrums hat es mit solchen politischen Fragen zu tun, die gar nichts mit der Religion zu tun haben. In diesem Jahre ist die große neue Militärvorlage verabschiedet worden, dazu der Wehrbeitrag und die neuen Steuern. Was hatten alle diese so hochwichtigen Dinge als ganzes wie im einzelnen mit der katholischen Weltanschauung zu tun? Jetzt wird für Braunschweig die Welfenfrage gelöst. Demnächst soll der Zolltarif revidiert, sollen neue Handelsverträge geschlossen werden. Eine Novelle zur Gewerbe-Ordnung soll kommen. Früher ist die gewaltige Arbeiter-versicherungsordnung geschaffen worden. Die Frage der Elektrifizierung der Berliner Stadtbahn hat eine große Rolle gespielt. Und so fort. Was haben alle diese Dinge mit der katholischen Weltanschauung zu tun? Bei ihrer Diskussion im Parlament ist meines Wissens nicht ein einziges Wort von „katholischer Weltanschauung“ geredet worden.“

Seite 21:

. . . „Ist es da nicht geradezu töricht, daß man die katholische Weltanschauung, welche vielleicht nur den zwanzigsten Teil aller in den Parlamenten zu lösenden Fragen direkt oder indirekt berührt, für maßgebend erklären will für die gesamte Tätigkeit des Zentrums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens? Das kann nur einer, der ganz vergißt, daß das Zentrum neben seiner kirchenpolitischen auch eine staatspolitische, auch eine nationale Aufgabe hat, und daß es sich in seiner Vergangenheit gerade auch auf politisch-nationalem Gebiet die größten Verdienste erworben.“

Welch eine Auffassung von katholischer Weltanschauung und ihrer Bedeutung für das öffentliche Leben spricht sich in diesen Worten aus! Kein Protestant, kein Andersgläubiger wird seine Weltanschauung und ihre Bedeutung für die Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse jemals so einschätzen, wie hier die katholische Weltanschauung bewertet wird. Und welche Deutung wird dem Grundsatz gegeben, daß die politische Betätigung des Zentrums sich im Einklang mit der katholischen Lehre zu halten hat! Unter katholischer Weltanschauung versteht doch auch Herr Bachem den Inbegriff der religiösen und sittlichen Lehren der Kirche, aus welchen der Katholik seine Auffassung über Ursprung, Zweck und Entwicklung aller Dinge des Lebens schöpft. Diese Auffassung ist maßgebend für den Katholiken bei Beurteilung der Dinge und Vorgänge des Lebens, und nach ihr muß und wird sich seine Stellungnahme zu den Fragen sowohl des privaten, wie des öffentlichen Lebens richten. Nach Bachem aber soll dies für das politische Gebiet ausgeschlossen sein, da für die Gesamttätigkeit des Zentrums mehr als $\frac{9}{10}$ oder gar mehr als $\frac{19}{20}$ der politischen Fragen nichts mit Religion und Sittengesetz zu tun haben sollen. Danach würde die katholische Weltanschauung nur noch für das kirchliche, religiöse Gebiet in Betracht kommen, für das öffentliche, soziale, politische Leben aber ausgeschaltet sein. Ihre Wirksamkeit würde, was ja stets der sehnlichste Wunsch aller Gegner der Kirche war, auf die Sakristei und das Gotteshaus beschränkt sein, auf die Ordnung der öffentlichen, bürgerlichen Verhältnisse aber würde sie ohne Einfluß bleiben. Da wird gegenüber Bachem doch wohl Bischof Ketteler recht haben, wenn er sagt:¹⁾

¹⁾ Seite 37 Zentrum und Kölner Richtung.

„Im tiefsten Grunde aller Zeitfragen ist die Religion. Jede Frage, welche der Menscheng Geist stellen kann, wird zulezt, wenn man sie bis zu ihrem Ende verfolgt, eine religiöse Frage. Nur, wer die Fähigkeit nicht hat, in seinem Denken bis auf den Grund der Dinge zu dringen und immer bei der äußeren Erscheinung, bei der Oberfläche stehen bleibt, dem bleibt das verborgen . . . Das gilt nicht nur von den eigentlichen theologischen Streitfragen, sondern ebensowohl von allen anderen, die das öffentliche Leben der Völker berühren. Mögen sie äußerlich oft dem Scheine nach noch soweit von der Religion entfernt sein, in ihrem innersten Kern und Wesen sind sie ihr gerade so nahe, wie Gott selbst ihnen ist, denn das Verhältnis Gottes zu allen Dingen ist ja in der Religion geknüpft und festgestellt. Daher ist jene oberflächliche Ansicht grundfalsch, als ob die Politik, das öffentliche Leben mit der Religion nichts zu tun habe . . .“

Und Papst Leo XIII., wenn er in der Enzyklika *Sapienti christianae* ausdrücklich erklärt, daß „die staatlichen (i. e. die politischen) Angelegenheiten vom Sittengesetz und von der Religion nicht getrennt werden können“. Ebenso Pius X., der wiederholt in seinen Enzykliken dieselben Grundsätze feierlichst verkündet, und die alten Führer des Zentrums Windthorst, Mallinckrodt, Reichensperger, die über den Zusammenhang der Politik mit der Religion, wie S. 35 u. fgg. Zentrum und Kölner Richtung gezeigt ist, ganz anders dachten, als Herr Carl Bachem. Als Schulbeispiele für politische Fragen, die mit Weltanschauung nichts zu tun haben sollen, führt Carl Bachem u. a. die große neue Militärvorlage an, den Wehrbeitrag und die neuen Steuern, die gewaltige Arbeiterversicherungsordnung, die neuen Handelsverträge, und Jul. Bachem

hebt noch die Finanzreform und die Verfassung für Elsaß-Lothringen hervor. Glaubt man denn wirklich, daß diese in das Volksleben so tief eingreifenden, die vitalsten Interessen des gesamten Volkes und aller einzelnen Stände und Volksklassen direkt berührenden Gesetze mit der Weltanschauung derjenigen, die sie uns schaffen, nichts zu tun haben? Ob das Land mit mehr als einer Milliarde neuer Steuern belastet werden soll und wie diese Steuern gerechterweise auf die einzelnen Stände und Bevölkerungsklassen zu verteilen sind, ist im eminentesten Sinne eine Frage der Moral, also der Weltanschauung, und keineswegs nur eine wirtschaftliche oder steuerliche Frage. Dergleichen ist es eine Frage des Rechts und der Moral, wie durch die neue Verfassung für Elsaß-Lothringen die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung grundrechtlich festgelegt und garantiert werden, wie bei der Arbeiterversicherung die Rechte und Pflichten der Versicherung verteilt und unter den Beteiligten geordnet werden.

Die Erledigung aller dieser Fragen hängt von der Stellung ab, die die zur Gesetzgebung berufenen Faktoren, insbesondere also die Parteien im Parlament, zu ihnen einnehmen. Diese Stellungnahme aber wird naturgemäß durch die Weltanschauung bedingt, auf deren Boden die Parteien stehen. Die Anhänger der materialistisch-atheistischen Weltanschauung werden die Verfassungsfrage, die Besteuerung des Landes, die Regelung der Arbeiterversicherung usw. von anderen Gesichtspunkten aus betrachten, als die Anhänger einer anderen Weltanschauung. Und wenn unter den letzteren, trotz der Verschiedenheit der Konfession, trotz der Gegenfährlichkeit der Parteien, denen sie angehören, trotz der Verschiedenheit der Weltanschauung, vielleicht bei manchen dieser

Fragen Übereinstimmung in der Stellungnahme herrscht, so beweist dies keineswegs, daß diese Fragen mit Weltanschauung nichts zu tun haben, es hat dies vielmehr darin seinen Grund, daß die verschiedenen Weltanschauungen in diesen, wie in so manchen anderen Fragen, materiell zu derselben Stellungnahme führen. In diesen Fällen handelt jede einzelne Partei im Einklang mit ihrer Weltanschauung und gelangt auf Grund ihrer Weltanschauung zu derselben Stellungnahme, zu der auch andere Parteien trotz der sonst bestehenden fundamentalen Verschiedenheit der Weltanschauung ebenfalls auf Grund ihrer Weltanschauung gelangt sind.

Diese Übereinstimmung zeigt also nur, daß in manchen Fällen auch verschiedene Weltanschauungen materiell zu derselben Auffassung führen können und die Verschiedenheit nicht immer hervorzutreten braucht. Dies ist namentlich der Fall bei den zahlreichen Fragen geschäftlichen oder technischen Inhalts und der von Karl Bachem in so reicher Auswahl traktierten Fragen untergeordneter Bedeutung, „ob weitere Zeppeline gebaut werden sollen“, „ob für die Bahnen in Afrika die Kapspur angenommen“, „ob für das Bergwerk die Lüftungseinrichtungen verbessert werden sollen“ usw. Mit Scherzen dieser Art wird der Grundsatz nicht widerlegt: daß das Zentrum die ihm vom katholischen Volke übertragene hohe Aufgabe, seine religiösen, politischen, sozialen und kulturellen Interessen im öffentlichen Leben zu vertreten, grundsätzlich im Einklang mit der katholischen Lehre zu betätigen hat. Die Tätigkeit des Zentrums erstreckt sich über das Gesamtgebiet des öffentlichen Lebens mit seinen großen, sozialen, politischen und kulturellen Problemen. Und wenn für diese, in das religiöse und bürgerliche Leben unseres Volkes so tief eingreifende Gesamttätigkeit verlangt wird,

daß sie wenigstens im Einklang mit der katholischen Weltanschauung steht, dann vermögen die Bachemschen „Lüftungseinrichtungen“ und „Zeppeline“ nicht, diese Forderung lächerlich zu machen.

Wie die politischen, so will Karl Bachem auch die sozialen Fragen nicht nach katholischer Weltanschauung entschieden haben. Er schreibt (S. 24):

„Was ich eben ausführte für politische und wirtschaftliche Fragen, gilt übrigens ganz in demselben Maße für die sozialen Fragen. Nach Roeren müßte natürlich auch bei allen sozialen Fragen zuvor entschieden werden, wie die „katholische Weltanschauung“ sich zu ihnen verhält.“

Er stellt dann die Frage (25):

„Auch darf man fragen: Hat denn jemals die Kirche oder haben die deutschen Bischöfe verlangt, daß alle solche Fragen gelöst werden im Einklang mit der katholischen Weltanschauung? Nein! Warum verlangt Roeren es denn?“

Warum Roeren es verlangt? Deshalb, weil die Kirche es verlangt und weil Papst Pius X., dem doch auch die Katholiken des Zentrums zu folgen haben, feierlichst in der *Enzyklika Singulari quadam* erklärt:

„Die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über den Arbeiterstreik sind nicht rein wirtschaftlicher Natur und somit nicht zu denen zu zählen, die mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können, da es im Gegenteil außer allem Zweifel steht, daß die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse ist und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkte der Religion gelöst werden muß“ —

und weil Papst Leo XIII. daselbe wiederholt erklärt hat. —

„Für das politische Gebiet“, sagt Carl Bachem, „haben Christus und die Apostel nur zwei allgemeine Lehren

verkündigt: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und: Seid der Obrigkeit untertan. Darüber hinaus sagt uns die katholische Weltanschauung für das politische Gebiet nichts“.

Aber wer sagt uns denn, was nun des Kaisers ist? Und da die Worte Christi vollständig lauten: Gebet dem Kaiser, was des Kaisers ist, — und Gott, was Gottes ist, — wer sagt uns, was nun des Kaisers, und was Gottes ist? Das sagt uns der katholische Glaube und das sentire cum ecclesia, also die katholische Weltanschauung. Und wer sich gründlicher über das Verhältnis der Kirche zur Politik orientieren will, der findet die reichste Gelegenheit in den Enzykliken Leo XIII., in den Enzykliken Pius X., insbesondere in der Enzyklika pascendi domini vom 8. September 1907, die einen besonderen Abschnitt über das Vorgehen der Modernisten auf politischem Gebiet enthält, und in dem Syllabus Pius IX., der die Grundsätze über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche behandelt. Meistens aber wird schon der Katechismus genügen.

„In politischen Angelegenheiten“, sagt Carl Bachem Seite 20, „ist für uns maßgebend unsere politische Überzeugung; der oberste Leitstern ist das nationale Wohl unseres gesamten Volkes.“ Aber die „politische Überzeugung“ gründet sich doch auf der Weltanschauung und über das, was „nationales Wohl“ ist, gehen die Auffassungen je nach der Weltanschauung oft sehr weit auseinander. Die Kulturkampfgesetzgebung, durch welche die katholische Kirche in Preußen in Fesseln geschlagen und dem ganzen katholisch-kirchlichen Organismus die Lebensadern unterbunden wurden, hielten selbst die Positiven der konservativen Partei nach ihrer christlichen Weltanschauung im „nationalen Wohle“ gelegen

und halben Jahre hindurch mit Eifer an ihrem Zustandekommen. Das Zentrum dagegen hielt diese Gesetzgebung für ein nationales Unglück und bekämpfte sie. Woraus erklärt sich diese Gegensätzlichkeit in der Auffassung des „nationalen Wohles“? Einzig aus der Verschiedenheit der Weltanschauung. „Politische Überzeugung“, „nationales Wohl“, losgelöst von der Weltanschauung, können daher, so schön die Worte klingen mögen, nicht der „oberste Leitstern“ für unser politisches Handeln sein. Maßgebend für das politische Handeln ist und bleibt vielmehr die Weltanschauung.

Diese Zitate mögen genügen. Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß die meisten derselben durch andere Sätze der Schrift entweder direkt wieder als aufgehoben erscheinen oder in einer der Aufhebung gleichkommenden Weise verklausuliert sind, so daß man nicht weiß, was denn nun eigentlich als Ansicht des Verfassers gelten soll. Ich kann daher nur empfehlen, sich die Schrift selbst, also:

„Zentrum, katholische Weltanschauung, allgemeine, politische Lage. Zugleich eine Antwort auf die jüngste Broschüre von Geheimrat Noeren: Zentrum und Kölner Richtung. Von Justizrat Carl Bachem. Rede, gehalten in der Königsburg zu Grefeld am 20. Oktober 1913, nebst einigen Zusätzen. Grefeld 1913. J. B. Klein'sche Buchdruckerei, M. Buscher.“

anzuschaffen und die Seiten 14—28 durchzulesen. Vielleicht hat es dann Interesse, dazu die Kapitel III, IV und VII in „Zentrum und Kölner Richtung“ zu vergleichen, wo sich die Ausführungen Bachems bereits anticipando widerlegt finden.

Mit aller Entschiedenheit aber muß ich der Behauptung entgegentreten, die Bachem Seite 26 zu der Erklärung des Landesauschusses vom 28. November 1909 aufstellt:

„Gerade diese Erwägungen waren auch maßgebend bei Erlass der erwähnten Parteierklärung des Landesauschusses des Zentrums.“

partei vom 28. November 1909. Eine lange und sorgfältige Beratung war vorhergegangen. An dieser Beratung habe auch ich teilgenommen; ich bin also in der Lage, über sie Zeugnis abzulegen. Ich darf versichern, daß jene Parteierklärung durchaus auf dem Boden derjenigen Anschauungen ruht, welche ich hier vorgetragen habe.“

Letzteres ist objektiv unwahr. Daß Herr Bachem für seine Person aus diesen Anschauungen heraus dem Landesausschußbeschlusse zugestimmt hat, kann und will ich nicht bestreiten, es mag auch sein, daß er einige derselben während der langen Aussprache, die dem Beschlusse vorausging, vorgebracht hat, der Landesausschuß selbst aber hat sich nicht auf den Boden der von Bachem in seiner Flugschrift niedergelegten Anschauungen gestellt. Auch ich habe an den Verhandlungen von Anfang bis zu Ende teilgenommen und war als Vertreter des Standpunktes der Osterdienstagskonferenz in besonderer Weise beteiligt. Auch ich bin daher in der Lage, Zeugnis abzulegen. Und dies mein Zeugnis wird bestätigt durch den Inhalt und Wortlaut der Erklärung, in der alles andere eher, als eine Krystallisation der Bachem'schen Flugschrifttheorien zu finden ist. — Im übrigen habe ich über Sinn und Bedeutung der Ausschutzerklärung schon in meiner Schrift Seite 111 usgg. das Nötige gesagt.

Nur ein Zitat möge noch Platz finden, weil es für die Anschauungen Bachems besonders bezeichnend ist und, wenn man mit demselben den ebenfalls noch zu erwähnenden Schlusssatz der Schrift vergleicht, in markanter Weise bestätigt, was ich über die vielfachen Widersprüche und Unverständlichkeiten oben gesagt habe. Seite 26 heißt es:

„Aus dem vorstehenden ergibt sich folgendes: Selbst wenn das Zentrum nur aus Katholiken bestände und grundsätzlich nur aus Katholiken bestehen wollte, wenn es also wirklich eine konfessionelle

und zwar eine konfessionell-katholische Partei wäre, selbst dann wäre die Noerensche Definition¹⁾ für es völlig unbrauchbar. Wenn eine reinkatholische Fraktion die Noerensche Definition annähme, so würde sie damit etwas tun, was den gesunden Grundsätzen der „katholischen Weltanschauung“ und den Lehren der katholischen Kirche durchaus widerspricht und sie würde dadurch der katholischen Sache schweren Schaden tun.“

Kürzer gefaßt, heißt das nichts anderes als:

Wenn eine Partei grundsätzlich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung handelt, handelt sie nicht im Einklang mit der katholischen Weltanschauung! Das ist ein Satz, den ich nicht zu deuten vermag. Die frühere „katholische Fraktion“, die sich schon durch ihren Namen zu dem Grundsatz bekannte, nur im Einklang mit der katholischen Weltanschauung tätig zu sein, hat also nach Bachem während der ganzen Zeit ihres Bestehens von Anfang der 1850er bis Ende der 1860er Jahre und zwar unter ihren Führern v. Mallinckrodt und Reichensperger „durchaus gegen die Grundsätze der katholischen Weltanschauung und die Lehren der katholischen Kirche“ gefehlt und mit denselben in Widerspruch gestanden! Bei dem „Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse“, ja bei der gesamten katholischen Presse, die sich doch gewiß grundsätzlich in diesem Einklang halten will, würde dasselbe der Fall sein. Und nun erst die sämtlichen hundert Zentrumsmitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, die sämtlichen Mitglieder des Zentrums im bayerischen Landtage, in der badischen, württembergischen, hessischen

¹⁾ Der aus taktischen Gründen jetzt so forcierte Gebrauch des Ausdruckes „Definition“, während es sich allein um den Grundsatz wegen des Einklangs mit der katholischen Weltanschauung handelt, tritt auch hier wieder hervor.

Kammer, die alle ohne Ausnahme katholisch sind, und die neunundachtzig Zentrumsmitglieder des Reichstags, die bis auf eines katholisch sind! Von ihnen wird als selbstverständlich verlangt, das sie nur im Einklang mit der katholischen Weltanschauung politisch tätig sind, also eine Tätigkeit üben, die nach Carl Bachem den Lehren der katholischen Kirche widerspricht!¹⁾ Indes dies nur nebenbei. Hier möchte ich nur das Zitat mit den Schlusssätzen der Rede Bachems in Vergleich stellen. Diese lauten:

„. . . Noch weniger sind unsere höchsten Ziele rein materieller Art. Die höchsten Ziele liegen uns unwandelbar im Jenseits und alle Diesseitsarbeit darf dieses Ziel niemals aus dem Auge verlieren lassen. Es war stets die Größe unserer Zentrumspartei, daß sie vom Boden dieser alles umfassenden Anschauung an die staatlichen Aufgaben herantrat.“

Mit andern Worten: Das Ziel aller Menschen ist das ewige Heil. Alle Diesseitsarbeit darf niemals dies Ziel aus dem Auge verlieren, d. h. muß so eingerichtet werden, daß sie der Erreichung dieses Zieles dient. Politische Arbeit ist Diesseitsarbeit. Also muß auch unsere politische Arbeit so eingerichtet werden, daß sie uns und unsere Volksgenossen, für die sie verrichtet wird, der Erreichung dieses Zieles dient. Ob politische Arbeit dieser Forderung entspricht, kann nur festgestellt werden, indem man sie prüft nach den Grundsätzen, welche uns den einzig richtigen Weg für Erreichung des jenseitigen Zieles zeigen, d. i. nach den Grundsätzen der katholischen Weltanschauung. —

¹⁾ Über die Unhaltbarkeit der These: daß zwar das einzelne katholische Mitglied, nicht aber die Fraktion nach den katholischen Grundsätzen sich politisch zu betätigen habe, vergl. u. a. Seite 73 und fgg. und 103 in „Zentrum und Adlner Richtung“.

Damit aber bekennt sich Bachem zu dem Grundsatz, daß die politische Tätigkeit im Einklang mit der katholischen Weltanschauung stehen muß. Er erkennt diesen Grundsatz ausdrücklich auch für das Zentrum an, indem er hervorhebt, daß „das Zentrum vom Boden dieser alles umfassenden Anschauung (alle Diesseitsarbeit darf das höchste Ziel niemals aus dem Auge verlieren) stets an die staatlichen Aufgaben herangetreten sei und darin seine Größe gezeigt habe.“

So Herr Bachem am Schluß seiner Rede, anders in obigem Zitate und den übrigen hier wiedergegebenen Ausführungen. Welches der wirkliche Standpunkt Bachems ist, bleibt danach unklar.

6. Die ganze Haltlosigkeit des auch jetzt noch von einigen Versammlungsrednern als billiger Schlager benutzten Einwands, der Einklang mit der katholischen Weltanschauung erfordere, daß alle Fragen des Parlaments vorher durch die Bischöfe entschieden würden, und führe schließlich dahin, daß den Papst und die Bischöfe die Verantwortlichkeit für die Gesamttätigkeit des Zentrums treffe, habe ich bereits in meiner Schrift Seite 33—35 so eingehend nachgewiesen, daß ich auch hier mich mit dem einfachen Hinweis darauf beschränken kann. Ein Zeichen fester Position aber und eine sachliche Kampfweise ist es nicht, wenn immer und immer wieder versucht wird, durch so grundlose Behauptungen das Volk über die Bedeutung des diesseits vertretenen Grundsatzes irre zu führen. Wo steht denn, daß für jede Handlung, die sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung befinden soll, vorher an die kirchlichen Instanzen herangetreten und deren Entscheidung eingeholt werden muß?

Man nehme nur die vielen Organisationen, die, ohne der Kirche hierarchisch unterstellt zu sein, schon durch ihre Benennung zum Ausdruck bringen, daß sie auf katholischem Standpunkt stehen: Die „katholischen Lehrervereine“, die „katholisch-kaufmännischen Vereine“, der „katholische Frauenbund“, der „Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse“, der „Volksverein für das katholische Deutschland“ und nicht zuletzt die gesamte katholische Presse. Für sie alle gilt der Grundsatz, daß ihre Tätigkeit im Einklang mit der Lehre der Kirche stehen soll. Trotzdem habe ich niemals gehört, daß dieselben hierzu für erforderlich halten, über alles und jedes, was sie tun, die kirchlichen Instanzen anzurufen oder ihre Beschließungen vorerst der kirchlichen Autorität zur Genehmigung zu unterbreiten. Und erst die frühere „katholische Fraktion“, die doch ganz gewiß schon durch ihre Benennung zu erkennen gab, daß sie auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stand! Hat sie jemals anders gehandelt und ihre Beschlüsse durch die Bischöfe fassen lassen? Ebenso die „katholische Partei“ in Belgien, die „katholische Volkspartei“ in Osterreich-Ungarn, die „Partei der Katholiken“ in Holland usw. Sie alle fassen ihre Beschlüsse selbständig und was ihnen bei ihrer Tätigkeit als Richtschnur dient, ist die eigene Kenntnis der katholischen Lehre, der katholische Glaube oder wie Windthorst sagt, „das sind die unwandelbaren Grundsätze positiven Glaubens“. Als ihm im Abgeordnetenhaus vorgeworfen war, das Zentrum beziehe für seine Maßnahmen die Weisungen von Rom und den Bischöfen, erwiderte er in der Sitzung vom 19. April 1875:

... . Nun fragen die Herren, wie kommt es denn aber, daß Ihr in Harmonie seid mit den Anschauungen der Bischöfe und mit den Anschauungen des Papstes? Das kommt

einfach daher, weil die unwandelbaren Grundsätze positiven Glaubens in aller Richtung den Maßstab von selbst in die Hand geben und unsere Harmonie ist keine verabredete, sondern aus den Grundsätzen sich von selbst ergebende.“

Nur in den seltenen Fällen, wo Zweifel über die Erlaubtheit entstehen und nicht mit Sicherheit zu lösen sind, wendet man sich, wie Präzedenzfälle zeigen, an kirchliche und theologische Autoritäten, aber auch in diesen Fällen nur zur Orientierung, um durch Aufklärung und Belehrung größere Gewißheit zu erlangen, das Richtige zu treffen, keineswegs aber um die Selbständigkeit der eigenen Entschlüsse aufzugeben. Die Verantwortlichkeit für die Beschlüsse und das Vorgehen tragen die Organisationen selbst, sie allein haben dieselben zu vertreten. Von einer Verantwortung der kirchlichen Autorität, der Bischöfe, des Papstes dagegen kann keine Rede sein, man müßte sie denn darin finden, daß eben die Kirche es ist, die jene Lehren aufgestellt hat, in deren Einklang gehandelt wird.

Es ist deshalb falsch und plumpe Verdächtigung, wenn behauptet wird, durch den Einklang mit der katholischen Weltanschauung werde dem Zentrum die freie und selbständige Entschliebung entzogen, so daß nicht mehr dieses, sondern die Bischöfe in allen Fragen des parlamentarischen Lebens zu entscheiden hätten. Wenn trotzdem noch immer in dieser Weise operiert wird, dann ist das gewissenlose Irreführung des katholischen Volkes, das wegen seines Vertrauens zu seinen Führern und seiner Presse wohl verdiente, in ehrlicher Weise aufgeklärt zu werden.

Ähnlich verhält es sich mit der auch jetzt wieder hervorgetretenen Redensart: eine politische Tätigkeit, die sich

grundsätzlich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung halte, sei unvereinbar mit dem Wesen unseres paritätischen Staats, sie erfordere, daß der Gesamtgesetzgebung des Deutschen Reichs eine katholische Grundlage gegeben werde und alle Gesetze „katholisch“ oder „katholischen Inhalts“ seien; dadurch aber werde das Ende des paritätischen Staates und die Wiederherstellung des konfessionellen katholischen Glaubensstaates herbeigeführt.

Ich glaube, die Haltlosigkeit dieser Deduktion in meiner Schrift (Nr. 33 fgg.) genügend dargetan zu haben, um mich auf den bloßen Hinweis darauf beschränken zu können. Gebliffentlich wird bei diesem Einwand das eine unberücksichtigt gelassen: daß wir Katholiken auch in unserem paritätischen Staatswesen auf dem Boden der Verfassung stehen und daß wir hierzu, wie sich die Verhältnisse einmal gestaltet haben, durch unsere katholischen Grundsätze verpflichtet sind. Die Verfassung aber gewährleistet den einzelnen Konfessionen die volle bürgerliche Parität und deshalb sind wir Katholiken, und zwar gerade nach den Grundsätzen unserer Weltanschauung, verpflichtet, diese Gleichberechtigung auch den Andersgläubigen zu Teil werden zu lassen. In der Kölnischen Volkszeitung (Nr. 98 vom 2. Februar 1913) schreibt P. Przbilla S. J.:

„Im paritätischen Staate, den wir verfassungsgemäß haben und auf den auch die Katholiken verpflichtet sind, müssen die Rechte aller in gleicher Weise gewahrt werden.“

Und P. Cathrein S. J. schreibt in seiner Moralphilosophie 5. Auflage 1911, II, 587:

„Ist die bürgerliche Gleichstellung mehrerer Bekenntnisse durch Verfassung oder Verträge gewährleistet, so wird

es auch zu einer Forderung der Treue und Gerechtigkeit, dieselbe zu respektieren.“

Eine Politik, die sich im Einklang mit den katholischen Grundsätzen hält, muß daher diese Parität üben und es zeugt von einer Verwirrung der Begriffe, zu behaupten, sie könne nur „katholische“ Gesetze zeitigen und müsse, als unvereinbar mit dem paritätischen Charakter unseres Staatswesens, zum konfessionellen Glaubensstaat führen. Ich möchte in dieser Beziehung nur hinweisen auf die vielen „reinprotestantischen“ Gesetze, Abänderungen der Synodalordnung, Ablösung der Stolgebühren usw., die im preussischen Abgeordnetenhaus fast in jeder Session zur Vorlage kommen, sowie auf die alljährlichen Etatspositionen zur Bestreitung der evangelischen Kulturbedürfnisse. Alle diese Vorlagen und Positionen werden vom Zentrum votiert und bewilligt, nicht deshalb, weil es sich etwa ad hoc auf den Boden der protestantischen Weltanschauung stellt, sondern weil die Grundsätze seiner katholischen Weltanschauung von ihm die Wahrung der verfassungsmäßigen Parität verlangen.

Wenn man dies berücksichtigt, zerfallen alle Angriffe der beiden Vachem gegen den Einklang mit der katholischen Weltanschauung in sich selbst, so daß es weiterer Wiederlegungen nicht bedarf.

IV.

Turmartikel preisgegeben

Die Tendenz des Turmartikels und seine jetzige Umdeutung — Die badischen Landtagswahlen, „Wackertaktik“

Die Bedeutung der Schrift von Jul. Bachem liegt darin, daß

erstens die Konstruktion der allgemeinchristlichen Weltanschauung endlich in aller Form fallen gelassen ist, und zweitens dem Turmartikel von seinem Autor selbst eine Umdeutung gegeben wird, die einem Aufgeben gleichkommt.

Was zunächst den Turmartikel angeht, so hat derselbe — soviel steht nach den zahlreichen ihn betreffenden Bachem'schen Publikationen jetzt wohl fest — dem Verfasser nicht die Freude bereitet, die er von ihm erwartet hatte. Die ziemlich allseitige Ablehnung, die sich schon sofort bei seinem Erscheinen in der Zentrums Presse kundgab, ist dieselbe geblieben und alle Anstrengungen des Verfassers, den Artikel nur als eine den damaligen Verhältnissen entsprechende rein taktische Wahlparole erscheinen zu lassen, haben nicht über seine eigentliche parteipolitische Bedeutung und Tendenz hinwegzutäuschen vermocht. Die besonders in Betracht kommende Stelle des Artikels lautet:

„Es muß unbedingt mit vermehrter Umsicht auf die Wahl von solchen Abgeordneten nichtkatholischen Bekenntnisses hingewirkt werden, welche gute Fühlung (!) mit dem

Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens (!) und geeignet sind. Und zwar wird es meines Erachtens gute Politik sein, solche Abgeordnete nicht nur in Wahlkreisen mit überwiegend protestantischer Bevölkerung zu unterstützen, sondern auch in einer Anzahl von Wahlkreisen, wo das Zentrum allein vielleicht die Mehrheit erlangen kann.“

In einer Erläuterung hierzu von Dr. Jul. Bachem (Histor.-polit. Blätter Heft 7 vom 1. April 1906) heißt es dann noch:

„Es sind sehr wohl Fälle denkbar, in denen es rätlich sein würde, ein katholisches Zentrumsmitglied (!) durch einen dem Zentrum nahestehenden (!) Protestanten zu ersetzen (!).“

Mit anderen Worten: Es ist gute Politik, mehr dahin zu arbeiten, daß statt des katholischen Abgeordneten, der dem Zentrum beitrifft und bei der Wahl auch durchkommen könnte, protestantische Abgeordnete gewählt werden, die dem Zentrum nicht beitreten, aber — gute Fühlung mit ihm zu halten willens und geeignet sind! — Nur so ist der Turmartikel aufgefaßt und nur so kann er aufgefaßt werden. Er entspricht der ganzen Bachem'schen Interkonfessionalisierungstendenz, die mit dem Artikel den ersten Versuch gemacht hat, auch innerhalb der Fraktion, in der Zusammensetzung derselben, durch Herbeiführung einer immer weitergehenden Mischung der Konfessionen sich praktisch durchzusetzen. Bestätigt wird dies durch den Artikel der Kölnischen Volkszeitung über „das Wesen des Zentrums“, Nr. 454 vom 26. Mai 1907, in welchem zweimal mit der Eventualität gerechnet wird, daß fünfzig oder hundert Protestanten dem Zentrum angehören würden. „Wenn“, so heißt es an der einen Stelle, „morgen fünfzig oder hundert pro-

testamentliche Abgeordnete in die Zentrumsfraktion des Reichstages oder des Preussischen Abgeordnetenhauses eintreten wollten, und zwar lediglich auf Grund des politischen Programms und der praktisch-politischen Arbeit dieser Fraktionen, so würden sie mit Freuden aufgenommen werden“. An einer anderen Stelle heißt es: „Wenn heute im Zentrum des Reichstags fünfzig oder hundert protestantische Mitglieder säßen, so würde niemand daran denken, zu behaupten, daß das Zentrum eine politische Partei auf konfessioneller Grundlage wäre. Und doch wäre alsdann das Zentrum durchaus nichts anderes, als es heute auch ist.“ Der letztere Satz ist besonders bezeichnend. Es versteht sich von selbst, daß die protestantischen Mitglieder — natürlich innerhalb des weiten Rahmens der allgemeinen Programmsätze — sich nach ihren protestantischen Anschauungen politisch betätigen. Wenn nun die Hälfte oder gar die Mehrheit der Fraktion aus protestantischen Abgeordneten besteht, (die natürlich in den katholischen Kreisen gewählt werden müßten, da die protestantische Bevölkerung niemals einen Zentrums-kandidaten wählt), so werden diese naturgemäß auch die Politik der Fraktion in protestantischem Geiste beeinflussen und auf die Richtung der Politik mehr oder weniger bestimmend einwirken. Dadurch aber wird der Charakter des Zentrums, der ihm bei der Gründung von seinen Führern v. Mallinckrodt, Windthorst, Ketteler beigelegt ist, geändert. Es würde aufhören zu sein, „der Vereinigungspunkt der katholischen Bevölkerung im politischen Leben“ (Peter Reichensperger), „die Partei des katholischen Volkes“ (Windthorst), „die katholische Partei“ (v. Ketteler). Wer daher, wie es in dem Artikel geschieht, die Mitgliedschaft selbst von fünfzig bis hundert Protestanten mit dem Charakter des Zentrums

für vereinbar hält und wer die Anschauung vertritt, daß durch die Zugehörigkeit von protestantischen Mitgliedern zur Fraktion selbst in ausschlaggebender Zahl an dem Zentrum nichts geändert werde, der leugnet die alte Grundlage des Windthorst'schen Zentrums und nimmt für dasselbe eine Basis an, für welche der Turmartikel allerdings durchaus passen würde, die aber mit allem mehr, als mit katholischer Weltanschauung zu tun hat. Die „Germania“ schrieb damals, am 31. März 1907: „Und sollte das Unwahrscheinliche eintreten, daß auch ein namhafter Teil der protestantischen Wählerschaft sich auf den Boden des Zentrum stellte, so wäre es eben das bisherige Zentrum nicht mehr, sondern eine ganz andere Partei.“

Sympathie hat der Turmartikel nirgends gefunden. Davon scheint sich auch sein Autor mit der Zeit immer mehr überzeugt zu haben. Wenigstens sind die Ausführungen S. 23 bis 29 der Bachem'schen Broschüre und die Ergänzungen dazu in Nr. 876 und 1006 von 1913 der Köln. Volkszeitung nichts weniger als eine Aufrechterhaltung und Verteidigung des Turmartikel. Vielmehr wird demselben dort eine so vollständige Umdeutung gegeben, daß von seinem ursprünglichen Inhalte nur das übrig bleibt, was als alte Wahlpraxis stets gegolten hat und von niemanden angefochten ist. Nach Bachem (Nr. 876 Kölnische Volkszeitung vom 10. Oktober 1913) soll der Artikel nur die Parole für die Wähler enthalten, „in zweifelhaften Fällen einem wohlmeinenden Nichtkatholiken durch ihre Stimmen sicher zur Wahl zu verhelfen, anstatt es darauf ankommen zu lassen, daß sie unterliegen und der ihnen unliebsamste Gegner siegt.“ Das ist eine so allgemein geltende, schon durch den einfachsten Menschenverstand diktierte Wahltaktik, daß es für sie einer

besonderen, noch dazu mit nicht gewöhnlichem Aufheben erlassenen Wahlparole nicht bedurfte. Diese Taktik ist auch, wenn nicht besondere Verhältnisse eine Ausnahme zweckmäßig erscheinen ließen, vom Zentrum seit jeher befolgt, dazu also brauchte es nicht aus dem Turm heraus. Würde es trotzdem aufgefordert „heraus aus dem Turm“, dann war dadurch zum Ausdruck gebracht, daß es sich um etwas handelte, was bisher vom Zentrum nicht geübt war und, solange es in seinem Turm verbleiben würde, auch nicht geübt werden konnte. Diese Neuerung aber, die also ohne Verlassen des Turmes, d. i. ohne Verlassen der alten Grundsätze, nicht durchgeführt werden kann, liegt eben in der durch den Artikel, selbst auf Kosten der Zahl der katholischen Mitglieder, erstrebten völligen Interkonfessionalisierung der Fraktion in ihrer Mitgliedschaft und Zusammensetzung. Dieser Tendenz ist die Zentrumsparlei niemals gefolgt und es ist unrichtig, wenn Herr Julius Bachem S. 27 seiner Broschüre schreibt: „Tatsächlich ist der Artikel in seinem wahlpolitischen Teile durch den Druck der gesamten innerpolitischen Entwicklung verwirklicht worden.“ Wenn die Zentrumsparlei bei der Reichstagswahl im Jahre 1912, was Herr Bachem als Beleg anführt, in mehreren Wahlkreisen, in welchen sie die relative, aber nicht die absolute Mehrheit besaß, auf eigene Kandidaturen verzichtete und ihre Stimmen sofort dem Kandidaten einer anderen Partei zuwandte, um dadurch die Wahl eines weniger genehmen Kandidaten zu verhindern, so ist das eine Taktik, die mit der Parole des Turmartikels nicht das geringste zu tun hat, die längst vor dem Artikel geübt ist und auch ohne den Artikel überall dort geübt werden wird, wo die Parteiverhältnisse es angezeigt erscheinen lassen.

Hier handelte es sich um Wahlkreise, in denen die Zentrumsparthei trotz ihrer relativen Mehrheit doch keine Aussicht hatte durchzukommen, weil erfahrungsgemäß bei der engeren Wahl die Wähler der anderen Parteien sich durchweg gegen den Kandidaten des Zentrums zu vereinigen pflegen. Die Parole des Turmartikels aber will, daß auch in Wahlkreisen, in denen das Zentrum wohl Aussicht hatte durchzukommen, auf einen eigenen katholischen Kandidaten verzichtet und statt seiner ein protestantischer Kandidat gewählt wird, der „gute Fühlung mit dem Zentrum zu nehmen und zu unterhalten willens und geeignet ist“. Deshalb kann sich auch Bacher für seinen Satz:

„daß sehr wohl Fälle denkbar wären, in denen es rätlich sein würde, ein katholisches Zentrumsmitglied durch einen dem Zentrum nahestehenden Protestanten zu ersetzen“ —

nicht auf die in den 1870er Jahren liegende Wahl der beiden protestantischen Abgeordneten v. Gerlach und Schulz berufen. Diese beiden Abgeordneten sind nicht etwa als „dem Zentrum nahestehende Protestanten“ an Stelle von Zentrumsmitgliedern, sondern gerade als Zentrumsmitglieder, die sich auch dem Zentrum angliedern, aufgestellt und gewählt. Was es überhaupt mit der sogenannten „guten Fühlung“ auf sich hat, hat das Zentrum oft genug erfahren müssen. Regelmäßig versagt sie, wenn man sie nötig hat. Und selbst wenn sie mündlich oder schriftlich „garantiert“ ist, liegen stets im gegebenen Falle so viele „veränderte Umstände“ vor, daß eine „abweichende Stellungnahme“ als „gerechtfertigt“ erscheint.

Ein Beispiel im Großen geben die letzten badischen Landtagswahlen. Die Zentrumswählerschaft war willig der „Wacker-Parole“ gefolgt und hatte ihre Stimmen unter Verzicht auf eigene Kandidaturen dem Rechtsliberalis-

mus zugewandte, in der Hoffnung, dadurch so gute Fühlung mit ihm zu erlangen, daß der Rotblock in der Kammer niedergehalten werde.

Es gelang auch, bei der Wahl einige „Rechtsliberale“ durchzubringen, so daß dieselben mit dem Zentrum gegenüber dem liberalen Rotblock um einige Stimmen die Mehrheit bildeten. Allein schon in der ersten Sitzung des Parlaments versagten die auf die „gute Fühlung“ hin Gewählten, indem sie bei der Präsidentenwahl nicht dem hierzu berufenen Zentrums kandidaten, sondern dem Kandidaten des Rotblocks ihre Stimmen gaben, so daß das Zentrum trotz der eifrigen Wahlhilfe jetzt vom Gesamtpräsidium ausgeschaltet ist. Die hierdurch bereitete Enttäuschung ist umso bitterer, als die Kölnische Volkszeitung schon am Tage nach der Wahl in lautem Jubel den Wahlsieg als einen kaum noch zu überbietenden Sieg der Kölner Richtung über das Quertreibertum (!) zu preisen begonnen hatte, obgleich doch das letztere mit der badischen Wahl auch nicht das Mindeste zu tun hat. In Nr. 914 weist die Kölnische Volkszeitung auf den „vollen Erfolg“ hin, mit dem der „begeisterungstrobe Wahlkampf auf „Niederrennung des Bündnisses dreier Parteien“ gekrönt sei, und fährt dann wörtlich fort:

. . . Ohne die kluge Taktik der badischen Zentrumsführung, die auch die positiven und staatsbehaltenden Elemente im Protestantismus, auf der Rechten und sogar bei den Nationalliberalen in ihre Rechnung einstellte und ihnen zuliebe vielfach auch dort, wo das Zentrum von sich aus über eine ansehnliche Minderheit verfügt aber freilich ohne Unterstützung geringe Aussicht zu siegen hat, auf eigene Mandatsbewerbung verzichtete, wäre der Rotblock in Baden nie und nimmer gestürzt worden.

. . . Die Führung des Zentrums aber hat bewiesen, daß sie die Bedeutung dieser Elemente der nationalliberalen Partei richtiger eingeschätzt hat (?), als die Führer dieser Partei selbst, und so hat denn

die vielgeschmähte „Wackertaktik“ heute die Genugtuung, mit der Feststellung einer großen und wohlverdienten Niederlage, die sie der Sozialdemokratie und ihren Dienstwilligen bereitet hat, über alle Angriffe und Beschimpfungen, über alle Verdächtigungen zu triumphieren. Verdächtigungen, an denen übrigens die bekannten Quertreiberorgane der „Integralen“ ein vollgerüstetes Maß von Anteil haben (!), auch sie nehmen daher in gewissem Sinne teil an der Niederlage des Notblocks (!).

. . . Die gestrige Wahl hat gezeigt, daß man ihr (der Linksentwicklung) Einhalt gebieten kann, wenn man die Dinge nur richtig ansieht. Und unsere Freunde in Baden haben sie richtig angesehen. Wenn wir sagen „unsere Freunde“, so ist das nicht bloß eine allgemeine Floskel, wie man sie im politischen Leben oft anwendet; es soll mehr sagen und sagt mehr. Die Männer, welche in Baden den großen Erfolg errungen haben, sind unsere politischen Gesinnungsgenossen; sie bekennen sich zu dem Gedanken, den unsere Außenseiter „Kölnner Richtung“ zu nennen belieben. . .

In Baden hat man nicht definiert, spintiziert, a priori konstruiert, sondern gearbeitet, trotz der größten Schwierigkeiten. . . In Baden hat nicht nur der Arbeitseifer, der arbeitsfreudige Optimismus der Badischen „Kölnner“, wie die Außenseiter sie nannten, gefestigt, sondern auch ihre Taktik, ihre vielfach so schlecht verstandene und darum so sehr angefochtene Taktik. Nur auf diesem Wege konnte das erreicht werden, was jetzt schon erreicht worden ist und was zweifellos noch weitere segensreiche Folgen haben wird.

Wir beglückwünschen unsere Freunde in Baden, und an ihrer Spitze den tapferen Pfarrherrn in Zähringen zu ihrem großen Erfolge, der den leztjährigen Erfolgen in Süddeutschland die Krone aufsetzt. . . . Es ist nicht von ungefähr, daß die Dinge in Süddeutschland sich so günstig entwickeln. Dort merkt man von den Quertreibereien nichts, die in einzelnen preussischen Bezirken die Parteigenossen ärgern und hier und da ihre Aktionslust hemmen. . . . Wir werden auch weiter vorwärts kommen, wenn wir über die Rückwärtsfer zur Tagesordnung übergehen und in opferfreudigem Optimismus allüberall leisten, was das öffentliche Leben der Gegenwart von einsichtigen und tatkräftigen Männern fordert.“

Zum Schluß kommt dann, wie es einem großmütigen Sieger ansteht, die Mahnung, sich nicht vom Siegestaumel hinreißen zu lassen, sondern der herrschenden Stellung, die man erlangt, mit Umsicht und Bedachtsamkeit zu walten:

„Das Zentrum wird von der Stellung, die es errungen, mit dem vollen Pflichtgefühl auch gegen Staat und Gesellschaft, das ihm eigen ist, einen umsichtigen und dem Staatsganzen dienenden Gebrauch machen.“

So der Triumph über den Sieg der „Kölner Richtung“ gegenüber dem „Quertreibertum“ am ersten Tage nach der Wahl. Einige Tage später, bei der ersten Aktion in der Kammer, versagt bereits die „Wackertaktik“ vollständig. Die „positiven und staatserkhaltenden Elemente im Protestantismus, auf der Rechten und bei den Nationalliberalen“, die „in richtiger Einschätzung ihrer Bedeutung durch die Zentrumsführung“ von der Zentrumswählerschaft „unter Verzicht auf eigene Zentrumslandidaturen“ gewählt waren, schwenken beim ersten Aufmarsch, bei der Präsidentenwahl, vom Zentrum ab und schließen sich dem Rotblock an, zu dessen „Niederrennung“ sie vom Zentrum gewählt waren!

Auch bei der zweiten Probe hat die „gute Fühlung“ versagt, wie die eben eintreffende Pressmeldung zeigt:

„Karlsruhe, 9. Februar 1914. Die zweite Kammer des Landtages erklärte in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Abgeordneten Hauser (Zentr.) mit 35 gegen 31 Stimmen für ungültig. (Hauser hatte in Offenburg den Freisinnigen Muser verdrängt).“

„Arbeitsfreudiger Optimismus“, „Wackertaktik“, „Kölner Richtung“ allein tun's also nicht. Etwas weniger Optimismus und weniger „opferfreudiger Verzicht“ auf eigene Zentrumslandidaturen würden der Partei von größerem Nutzen sein und ganz gewiß ihre innere Kraft, ihr Ansehen und ihre

Machtstellung mehr festigen, als es jetzt durch die badischen Enttäuschungen geschehen ist.

Die Hauptsache bleibt indes, daß Herr Bachem selbst von seinem Artikel nur aufrecht erhält, was längst vorher als Wahlaktik gegolten hat und wofür es der stolzen Parole „Aus dem Turm heraus“ nicht bedurfte. Das ist ein Schritt weiter zur Klärung der Verhältnisse, wenn auch die große Verwirrung, die durch den Artikel und seine fortgesetzte eifrige Vertretung angerichtet ist, nicht so ohne weiteres ganz gehoben werden kann.

V.

Die Theorie der „allgemein-christlichen“ Weltanschauung aufgegeben

Uebriglich im Gegensatz zu katholisch — Eine nur „durchgeschlüpfte nicht korrekte Wendung“? — Gemeinsam-christliche Basis — Zugangsformel — „Spintifizieren“ — Die „Leistungen“ der Kölner Richtung.

Mit dem Preisgeben des Turmartikels hängt das Aufgeben der „Allgemeinchristlichen Weltanschauung“ zusammen. Würde man sich auf seiten Bachems entschließen können, die Konsequenzen aus dieser veränderten Lage zu ziehen, so könnte der Zentrumsstreit als beendet gelten. Daran aber hindert die Scheu, einzugesehen, daß der ganze Kampf der letzten fünf Jahre mit seinen traurigen Begleiterscheinungen um eine Theorie geführt ist, die sich als falsch erwiesen hat. Wird zugegeben, daß es eine allgemein-christliche Weltanschauung nicht gibt, dann fällt damit auch der von Bachem vertretene Satz, daß das Zentrum auf dem Boden der allgemein-christlichen Weltanschauung steht. Daraus aber folgt weiter, daß es nur auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehen kann. Wie alle größeren politischen Parteien, so ist auch die Zentrumspartei eine Weltanschauungspartei. Das ist etwas Selbstverständliches und auch von seiten Bachems nicht bestritten. Als Weltanschauungspartei aber steht das Zentrum auf dem Boden einer Weltanschauung. Das ist ebenso selbstverständlich und ebenso

unbestreitbar. Es kann sich also nur fragen, auf dem Boden welcher Weltanschauung es steht. Die atheistische, protestantische, rationalistische und jüdische Weltanschauung scheiden von selbst aus, die allgemeinchristliche ist aufgegeben, es bleibt also nur die katholische Weltanschauung, auf deren Boden das Zentrum stehen kann. Dies und nichts anderes ist gesagt, wenn gegenüber der Theorie vom „Licht der christlichen Weltanschauung, in welchem das Zentrum sich politisch zu betätigen habe“, der Satz aufgestellt ist, daß „seine politische Betätigung sich im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu halten hat“. Ist also einmal die Fiktion der allgemeinchristlichen Basis aufgegeben, dann sollte man sich nicht länger sträuben, nun auch die Richtigkeit dieses Satzes anzuerkennen. Die Konsequenz zwingt dazu, und auch dieser letzte Schritt muß getan werden und wird getan, so sehr man sich jetzt auch noch dagegen sträuben mag.

Mit der allgemeinchristlichen Basis hat die Richtung Bachem auch ihre Basis für den gegenwärtigen Kampf verloren. Nur so erklären sich die Schwankungen und Widersprüche in den Gegenschriften und Kritiken. Es mag gelingen, sich damit noch einige Zeit zu halten dank des ungeheuren Einflusses der Presse. Ueber kurz oder lang aber muß diese Taktik vor der immer mächtiger einsetzenden Selbstbesinnung des Volkes zusammenbrechen.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß auch in dieser Richtung wenigstens der erste Schritt getan ist. Leider aber ist er nicht vorbehaltslos, sondern mit so bedenklichen Verkläuterungen geschehen, daß schließlich alles daraus gemacht werden kann. Seite 52 erklärt nämlich Bachem, daß er der Formulierung des Westfälischen Volksblattes (Nr. 236 vom 31. August 1913) zustimmen könne, welche lautet:

„Ohne Weiteres ist zuzugeben, daß bei politischen Organisationen deren Tätigkeit sich auf das gesamte öffentliche Leben mit seinen religiösen und sittlichen Fragen bezieht, auch die Organisationen selbst, nicht bloß das einzelne Mitglied, die Lehren der katholischen Kirche nicht außer acht lassen darf.“

Jeder Unbefangene wird darin ein Anerkennung des umstrittenen Satzes finden. Soll die Organisation als solche, also die Zentrumsparterie als solche, bei ihrer auf das gesamte öffentliche Leben sich beziehenden Tätigkeit die Lehre der katholischen Kirche nicht außer acht lassen, dann heißt das nichts anderes, als: das Zentrum hat seine politische Betätigung im Einklang mit der katholischen Lehre zu halten. Julius Bachem aber scheint sich an den Ausdruck „nichtaußerachtlassen“ zu klammern und sich die ganze Dehnbarkeit dieses Begriffs reservieren zu wollen. Spitz genommen wird dem „nichtaußerachtlassen“ schon genüge getan durch ein wohlwollendes Bedenken der katholischen Lehre, über die man sich aber gegebenenfalls aus Opportunitätsrücksichten hinwegsehen kann. Julius Bachem wenigstens scheint dieser Interpretation zuzuneigen. Die Verlautbarungen, unter denen er seine Zustimmung zu der Formulierung des Westfälischen Volksblattes erklärt, legen diese Annahme nahe. So fügt er sofort die Einschränkung bei, „daß sich das Zentrum jedoch stets gegenwärtig halten müsse, daß die große Mehrheit der Mitglieder der anderen Fraktionen eine nichtkatholische Weltanschauung habe“.¹⁾ Wie weit diese, auf Kosten der katholischen Weltanschauung zu übende Rücksichtnahme auf die nichtkatholische Weltanschauung der anderen Fraktionen gehen soll, ob insbesondere auch über die durch die Verfassung gebotene Parität hinaus, ist nicht gesagt. Das aber macht die Einschränkung Bachems

¹⁾ In einer anderen Stelle (Seite 47 der Broschüre Bachems, 1. Auflage) wird dieser Einschränkung nochmals das Wort geredet.

sehr bedenklich und nimmt seiner Zustimmung alle Bedeutung. Wie weit sollte und durfte nach der Auffassung Bachems z. B. — um nur bei der letzteren Zeit zu bleiben — die Rücksichtnahme auf die nichtkatholische Anschauung der Gegner gehen bei den Verhandlungen über den Modernisteneid, die Kinderkommunion, die päpstlichen Enzykliken überhaupt, das Jesuitengesetz usw.? Man sieht sofort, daß der Begriff, der hier mit dem Worte „nichtaußerachtlassen“ verbunden werden soll, zu vage ist, um ihn bei Festlegung von Parteigrundsätzen gebrauchen zu können. Er ist dehnbare je nach der Situation. Daß Herr Bachem ihn jedenfalls nicht als gleichbedeutend mit „im Einklang usw.“ angesehen haben will, geht daraus hervor, daß eben seine ganze Schrift der Bekämpfung dieses Satzes gewidmet ist.

Die Theorie vom „allgemeinen Christentum“ ist dagegen vorbehaltlos fallen gelassen. Sie ist von ihren früheren Vertretern so gründlich aufgegeben, daß keiner von ihnen ihr Urheber sein, keiner sie überhaupt verfochten haben will. Die Wandelungen, die diese Theorie von ihrer ersten Aufstellung im Jahre 1907 an bis zu ihrem jetzigen völligen Aufgeben durchgemacht hat, sind in meiner Schrift Seite 52 bis 81 dargelegt. Zuerst war es das „allgemeine Christentum“ ohne Klausel und Vorbehalt, das von den Vertretern der Richtung Bachem gegenüber der katholischen Weltanschauung als Basis für die Tätigkeit des Zentrums aufgestellt wurde. Diese Basis sollte gebildet werden aus den christlichen Wahrheiten, die den Protestanten und Katholiken gemeinsam seien, unter Ausschaltung der konfessionellen Sonderheiten. Demgegenüber wurde nachgewiesen, daß die Konstruktion einer solchen gemeinsam-christlichen Basis, schon wegen der Verschiedenheit des Fundamentalprinzips

des Glaubens weder mit der Lehre der Kirche, noch mit den Forderungen der Logik vereinbar ist und der Annahme eines Christentums gleichkommt, welches, wie der von der Kölnerischen Volkszeitung gerne zitierte Professor Dr. Gisler sagt, „weder katholisch, noch protestantisch, noch anglikanisch, sondern nur ein allgemeinstes Restbestand von Christentum ist.“ „Ein solches Christentum aber,“ so sagt Gisler weiter, „als Basis für ein Zusammenwirken politischer oder sozialer Natur statuieren zu wollen, wäre Häresie.“ Praktisch würde daselbe nichts anderes bedeuten, als: ausschließliche Hochhaltung derjenigen Lehren, die der Protestantismus bei der Trennung von der Kirche mit hinübergenommen und beibehalten hat, und Ausschaltung aller derjenigen Glaubenslehren, die von ihm verworfen, uns Katholiken aber eigen geblieben und uns heilig sind, mit einem Worte: Ausschaltung alles Spezifisch-Katholischen!

Diesen Bedenken, denen sich auch die Gegenseite nicht verschließen konnte, sollte dann durch eine Unterscheidung zwischen „religiösem“ und „politischem“ Christentum abgeholfen werden. Letzteres wurde besonders konstruiert und sollte in einer Reihe von Postulaten bestehen, die von Katholiken und Protestanten gemeinsam aufgestellt werden, z. B. Bekämpfung des Materialismus, Schutz des Dekalogs, Sonntagsheiligung. Die Summe dieser einzelnen Postulate sollte dann das Programm für das gemeinsame soziale und politische Handeln der interkonfessionellen Weltanschauungsorganisation sein. Die Unhaltbarkeit dieser Konstruktion glaube ich bereits in meiner Schrift¹⁾ nachgewiesen zu haben. Da aber in den Bachemischen Gegenschriften — ohne Widerlegung meiner Ausführungen — mehrfach wieder von politischem

¹⁾ Seite 65 fgg. in „Zentrum und Kölner Richtung.“

Christentum die Rede ist, halte ich mich verpflichtet, wenigstens einen Teil meiner dortigen Ausführungen hier zu wiederholen:

„die Unhaltbarkeit dieser Konstruktion tritt sofort hervor, wenn man bedenkt, daß die zusammengestellten Forderungen zwar gleich lauten, inhaltlich aber nach dem konfessionellen Standpunkte sehr verschieden sind. Der Katholik tritt an den Schuß des Dekalogs, der Sonntagsheiligung usw. von seinem, dem katholischen Standpunkte aus, heran, der Protestant nach seiner protestantischen Auffassung. Ebenso ist es mit dem Kampf gegen den Materialismus. Wenn beiden Teilen auch gemeinsam ist, den Materialismus zu bekämpfen, so gehen doch über das Wie der Bekämpfung die Auffassungen weit auseinander. Manche halten Ausnahmegeetze für das wirksamste Mittel, andere, und dazu gehört wohl der Katholik, sind der Anschauung, daß diese äußeren Maßnahmen nur wenig helfen und eine wirkliche Besserung nur dadurch erreicht werden kann, daß die Religion im Volke wieder wachgerufen und namentlich der Kirche zur Entfaltung aller ihrer Kräfte, auch der Orden und Missionen, volle Freiheit gewährt wird. Es bleibt also immer die Frage bestehen, vom Boden welcher Weltanschauung aus diese „gemeinsamen“ Postulate behandelt werden sollen. Sollen dabei die konfessionellen Besonderheiten ausscheiden und also für bestimmte soziale, politische und sogar direkt kirchliche Fragen nur der nach Ausschcheidung alles Konfessionellen verbleibende „Restbestand“ der christlichen Lehren entscheiden, — dann haben wir wieder das allgemeine Christentum in Reinkultur, das von Eisler mit Recht als die Häresie des Latitudinarismus bezeichnet ist und über welches das „politische“ Christentum doch gerade hinweghelfen soll.

Sollen aber die einzelnen Mitglieder, wie das ja in einer Partei, die auf der „Basis der gemeinsamen Postulate“ steht, denkbar wäre, je nach ihrer konfessionellen Auffassung zu den Fragen Stellung nehmen, dann entsteht die Frage, welche Auffassung für die Partei oder Organisation als solche gelten soll. In Fragen, die die vitalsten Interessen des sozialen, kirchlichen und politischen Lebens berühren, also in Weltanschauungsfragen ersten Ranges, müssen Parteien auf dem Fundamente einer Weltanschauung stehen, und es widerspricht dem Wesen einer politischen Partei, in solchen Fragen grundsätzlich von einer bestimmten einheitlichen Stellung abzugehen.

Wie soll es ferner gehalten sein in den zahlreichen Fällen, die nicht in dem „Programm der Postulate“ vorgegeben sind und oft von der größten sozialen und kulturellen Bedeutung sind? Oder wenn neue Probleme auftauchen, zu denen die Partei Stellung nehmen muß? Da die Gemeinsamkeit sich nur auf die aufgestellten Postulate bezieht, würde in allen diesen Fällen die Partei bei ihrer Aktion überhaupt nicht von einheitlichen Grundsätzen geleitet sein und ein Spielball unklaren und wirren Durcheinanders werden. Es ist auf die „nationalen Interessen“ und das „Gemeinwohl“ hingewiesen, die hier als Richtschnur dienen könnten. Aber für die Beurteilung dessen, was denn im nationalen Interesse und was im Interesse des Gemeinwohls liegt, fällt wieder die Weltanschauung als entscheidend ins Gewicht, so daß auch mit diesem Hinweis nicht geholfen ist. Man gelangt, wie man die Sache auch wenden und drehen mag, stets zu Konsequenzen, die unhaltbar sind, — ein Beweis, daß der Grundgedanke selbst, die Idee der gemeinsamen Postulate, als Basis einer Partei, verfehlt ist. Eine Partei, der verfassungsgemäß die Vertretung der Gesamtinteressen des politischen und öffentlichen Lebens zur Aufgabe gesetzt ist, kann sich nicht darauf beschränken, nur zu einer Auswahl solcher Fragen Stellung zu nehmen und mit der Erklärung in die Öffentlichkeit und vor die Wähler zu treten, daß zwar über eine bestimmte Reihe politischer und allgemeinkultureller Forderungen Einmütigkeit der Anschauungen bestehe, bei neuauftretenden Problemen aber von Fall zu Fall noch festgestellt werden müsse, ob sich aus den katholischen und protestantischen Auffassungen ein neues gemeinsames Postulat formulieren läßt. Das wäre nichts anderes, als ein Wechsel in blanco, der von der Wählerschaft schwerlich akzeptiert würde. In Wirklichkeit handelt es sich bei der ganzen Konstruktion des „politischen Christentums“ nur darum, dem Kinde einen andern Namen zu geben. Sie bedeutet nichts anderes, als für das politische Leben ein allgemeines Christentum zu schaffen, dadurch, daß einzelne Grundsätze des Christentums ausgeschaltet, andere zur Bildung der gemeinsamen Basis beibehalten werden. Eine Unterscheidung zwischen wesentlichen und unwesentlichen Bestandteilen aber ist mit dem Christentum unvereinbar. Durch die Konstruktionsversuche des „politischen Christentums“ wird daher die gemeinsame christliche Basis nicht annehmbarer gemacht.“

Aus Vorstehendem ergibt sich auch, in welchem Sinne der Ausdruck „Religionsmengerei“, wo er gebraucht wurde, zu verstehen ist. Daß von der Gegenseite nicht erstrebt wird, auch auf kirchlichem Gebiete und für das religiöse Leben an Stelle der katholischen Religion eine sogenannte Allweltsreligion zu schaffen, versteht sich von selbst. Ebensovienig soll ihr das törichte Streben nach Interkonfessionalisierung der reinkirchlichen Organisationen, der Marianischen Kongregationen, Sodalitäten, Bruderschaften, Gebetsvereine usw. imputiert werden. Aber eine Religionsmengerei liegt auch dann vor, wenn für die wichtigsten Organisationen, die das katholische Volk auf politischem und sozialem Gebiete besitzt, eine allgemein- oder gemeinsam-christliche Basis statuiert werden soll.

Schließlich wurden dann die Versuche mit der bekannten Zugangsformel gemacht. Christliche Weltanschauung sollte nichts anderes bedeuten, als „eine Formel, welche nicht nur gläubigen Katholiken, sondern auch gläubigen Protestanten den Zugang zum Zentrum offen halten sollte“. Christen, so sagt der Mitredakteur der Kölnischen Volkszeitung Dr. Hoerber in seiner bereits erwähnten Schrift, — Christen sind Alle, welche an Christus und die Verbindlichkeit seiner Lehre glauben, wenn sie auch in dem, was Christus lehrt, auseinandergehen. Alle diese sollen sich, „wenn sie auch eine andere Meinung vertreten, wie die katholische Kirche, über das, was Christus geoffenbart hat“, im Zentrum sammeln. Auf welcher Grundlage? Auf Grund welcher Weltanschauung? Es muß doch für die, die so gesammelt werden sollen, eine gemeinsame Grundlage bestehen, von welcher aus sie als Fraktion an die Aufgaben der Politik

mit ihren kulturellen, sozialen und religiösen Fragen herantreten wollen. Ohne diese ist eine Sammlung zu einer Fraktion überhaupt nicht denkbar. Und diese Basis muß nicht nur eine gemeinsame, sondern, da die einzelnen eben als Christen gesammelt sind, auch eine christliche, mithin eine gemeinsam-christliche Basis sein. Damit aber ist man wieder angelangt zu dem, was man doch gerade abgelehnt hat, zur Religionsmengerei oder, um mit Bisler zu reden, zur „Häresie des Latitudinarismus“. Man sieht, daß alle Versuche, der allgemein-christlichen Weltanschauung diese oder jene Deutung zu geben und die gemeinsam-christliche Basis in dieser oder jener Weise zu konstruieren, auf ein und dasselbe hinauslaufen, auf die Annahme eines Christentums, das „weder katholisch, noch protestantisch, noch anglikanisch sondern nur ein allgemeiner Restbestand von Christentum ist, aus dem alles Konfessionelle abgestreift worden ist“.

Von Bedeutung ist die veränderte Stellung, die der von der Richtung Bachem bisher so gern für sich in Anspruch genommene Professor Dr. Mausbach in Münster jetzt zu der Frage der gemeinsam-christlichen Basis einnimmt. Noch in der dritten Auflage seines Werkes „die katholische Moral und ihre Gegner“ schrieb er in dem Kapitel „Konfession und bürgerliches Leben“:

„Wo das Staatsleben und die irdische Kultur sich den katholischen Ideen und christlichen Grundlagen so entfremdet hat, daß aus der alten Verschwisterung ein feindlicher Gegensatz geworden ist, da müssen die Katholiken notgedrungen auch in weltlichen Dingen sich zu gesonderter Arbeit und Gegenwehr zusammenschließen. Im deutschen Volksleben sind aber, Gott sei Dank, noch umfangreiche Grundmauern des alten Kulturbaues in beiden Konfessionen erhalten . . .

Es wäre vermessen, es widerspräche der ganzen Geschichte kirchlicher Regierungswissenschaft, wollte man diesen ererbten Bestand christ-

licher Ideen und Einrichtungen, an den sich doch auch die Hoffnung einer einstigen Wiederbereinigung im Glauben anknüpfen muß, um eines erträumten Besseren willen vernachlässigen oder lockern. . . Die übertriebenen und theologisch verfehlten Äußerungen einiger jüngerer Katholiken über das Bedenkliche und Widersprechende interkonfessioneller Bestrebungen . . . werden genugsam widerlegt durch öffentliche Kundgebungen hervorragender deutscher Kirchenfürsten.“

In der vor einigen Monaten herausgegebenen vierten Auflage des Werkes findet sich dasselbe Kapitel mit der gleichen Überschrift, aber mit vollständig verändertem Inhalt. Die vorstehend wiedergegebenen Ausführungen sind weggelassen. Dafür heißt es jetzt dort:

„ . . . Um so mehr ist der gläubige Katholik verpflichtet, jeden Interkonfessionalismus abzulehnen, der die volle, geschlossene Wahrheit der katholischen Glaubens- und Sittenlehre zugunsten eines „Ausgleichs“, einer „gemeinsamen christlichen Basis“ preisgeben oder lockern möchte. Das volle freudige Bekenntnis des katholischen Glaubens darf auch im sozialen politischen Leben nicht schweigen vor anderen zeitlichen Rücksichten.“

Dort aber, wo die Zusammenarbeit der Katholiken mit Nichtkatholiken wegen des reinweltlichen Charakters der betreffenden Tätigkeit zulässig oder notwendig ist, will der Verfasser, daß nicht die „allgemein christliche Weltanschauung“ als Grundlage diene, sondern „die Normen und Ziele der natürlichen Sittlichkeit und des natürlichen Rechtes als wesentliche Basis für die gemeinsame Betätigung in weltlichen Dingen anzusehen sind.“ Also auch Mausbach lehnt die „gemeinsam-christliche“ Basis rundweg ab. Daß aber die Normen des natürlichen Rechtes und der natürlichen Moral, — was übrigens auch Mausbach nicht behauptet, — allein nicht die Basis für die soziale, politische

und kulturelle Tätigkeit einer dauernden politischen Parteiorganisation abgeben können, geht schon daraus hervor, daß auf dieser Basis alle Parteien ohne Ausnahme stehen, dieselbe also gar kein Spezifikum bildet, durch welches sich die eine Partei von der anderen unterscheidet. Sie ist Gemeingut aller Parteien und erhält erst spezifische Gestaltung durch die Weltanschauung der Partei. Was die eine Partei nach ihrer Weltanschauung als natürliches Recht und natürliche Sittlichkeit ansieht und behauptet, glaubt oft die andere nach den Grundsätzen ihrer Weltanschauung leugnen zu müssen. Auch für die Auffassung von Recht und Sittlichkeit ist daher die Weltanschauung maßgebend und deshalb kann auch nur diese die Grundlage bilden, von welcher aus die Partei die Fragen des politischen Lebens zu behandeln hat.

Jetzt endlich sind denn auch alle Versuche zur Rettung der „allgemeinchristlichen Weltanschauung“ und der auf ihr gegründeten gemeinsamen Basis aufgegeben. Das ist zu begrüßen und muß, wie bereits gesagt in unabweisbarer Konsequenz zur Anerkennung der katholischen Weltanschauung und des Grundsatzes führen, daß die Tätigkeit des Zentrums sich im Einklang mit dieser zu halten hat. Widerspruch aber muß erhoben werden, wenn jetzt versucht wird, die Sache so darzustellen, als habe man niemals die „christliche“ Weltanschauung im Gegensatz zur katholischen vertreten. Nach Carl Bachem soll der Ausdruck „christliche“ Weltanschauung nur in „negativer Bedeutung ohne jeden positiven religiösen Inhalt“ gebraucht sein, um damit den „Kampf gegen die unchristliche, die liberale, materialistische und atheistische Weltanschauung“ zu bezeichnen. In diesem Sinne ist der Ausdruck allgemein gebräuchlich, der Katholik bezeichnet

damit die katholische, der Protestant seine protestantische Weltanschauung. In diesem Sinne ist er auch von Windthorst, Mallinckrodt, Ketteler stets gebraucht und es war deshalb völlig unbegründet, daraus, daß diese wiederholt auf die „christlichen“ Grundsätze des Zentrums hingewiesen haben, Argumente für die allgemeinchristliche Weltanschauung und gegen die katholische Weltanschauung entnehmen zu wollen.¹⁾ Einen Gegensatz zu „katholisch“ haben die Führer ganz gewiß nicht mit dem Ausdruck „christlich“ statuieren wollen. Erst dieser Gegensatz gibt dem Ausdruck den eben gekennzeichneten kirchlich und logisch unhaltbaren Inhalt des „Allgemeinchristentums“.

In diesem Gegensatz aber ist er wiederholt und mit Bewußtsein von der Gegenseite gebraucht.

1. Insbesondere ist dies geschehen in dem mehrerwähnten Artikel der Kölnischen Volkszeitung „Nochmals Politik und Konfession“ vom 27. Juli 1909. Derselbe war einzig gegen den Satz gerichtet, daß das Zentrum seine Politik im Einklang mit der katholischen Weltanschauung zu stellen habe. In dem Artikel werden mehrere bekannte, von mir in meiner Schrift namentlich Seite 4 usgg. näher behandelte Äußerungen Windthorsts, v. Kettelers und v. Mallinckrodts, die sich über den Anschluß von Protestanten an das Zentrum verhalten, zusammengestellt, und als Ergebnis hieraus wird sodann der Satz aufgestellt:

„daß die Gründer und größten Führer des Zentrums dasselbe mit voller Überlegung und ausgesprochenem Maße auf den Boden einer allgemeinchristlichen, aber nicht auf den Boden der spezifisch-katholischen Weltanschauung gestellt haben“.

¹⁾ Seite 56 und 57 in „Zentrum und Kölner Richtung“.

Direkter und schärfer, als hier, kann die allgemein-christliche Weltanschauung nicht in Gegensatz zur katholischen gestellt werden. Um die durch diesen Satz so scharf präzierte Frage haben sich denn auch die Auseinandersetzungen der folgenden Jahre gedreht: diesseits wurde unter Ablehnung der allgemein-christlichen Weltanschauung die Auffassung vertreten, daß das Zentrum auf dem Boden der katholischen Weltanschauung steht, von der Gegenseite wurde die nur aus der Theorie des Allgemeinen Christentums zu konstruierende „allgemein- oder gemeinsam-christliche Basis“ des Zentrums behauptet. Ein Widerruf jenes Satzes oder eine Ablehnung seitens der Kölnischen Volkszeitung oder Bachems ist trotz der vier Jahre langen Auseinandersetzungen niemals erfolgt. Erst jetzt in seiner Gegenschrift unternimmt Herr Julius Bachem den Versuch, indem er dem ganzen Satze nur die Bedeutung einer — Entgleisung beilegt, auf alle Fälle sich selbst aber gegen die Verantwortlichkeit zu salbieren sucht. Es geschieht dies, indem er folgendermaßen schreibt (S. 37):

„Die Roerensche Schrift unterläßt es aber zunächst, zu erwähnen, daß es sich bei diesem Artikel, dem sie eine so große Bedeutung beimißt, nicht etwa um eine programmatistische Formulierung (!) der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung handelt, sondern lediglich um eine Zuschrift, deren Verfasser (Dr. Clemens Riemann, Rheine i. W.) am Kopfe des Artikels sich nennt. Dieser Verfasser hat also zunächst die Verantwortung für den Artikel übernommen.“

Hier also wird die Verantwortung für den Inhalt des Artikels von seiten der Redaktion der Kölnischen Volkszeitung abgelehnt und zunächst dem Autor überlassen. Dann heißt es weiter:

„Der der Roerenschen Schrift zugrunde gelegte Satz hat nach Ansicht des Verfassers wohl (!) nichts anderes sagen sollen (!), als: Das Zentrum ist keine konfessionell-katholische Fraktion; auch in

Weltanschauungsfragen kann es, soweit in diesen eine gemeinsame christliche Basis (also doch!) noch vorhanden ist, mit Andersgläubigen zusammengehen.“

Hierdurch soll auch der Autor entlastet werden, indem ex capite desselben „allgemein-christliche Weltanschauung“ so gedeutet wird, daß von ihr etwas Positives überhaupt nicht übrig bleibt. Der ganze Satz soll nur eine unbedacht-same augenblickliche Entgleisung sein. Fassung und Zusammenhang lassen dies jedoch als ausgeschlossen erscheinen. In jenem Satz wird das Resultat festgelegt, das der Verfasser aus den vorangeführten Auslassungen der Führer zieht und das entscheidend sein soll für die Frage, auf welcher Basis das Zentrum steht. Und wenn nun dies Resultat dahin gefaßt wird, „daß die Gründer und größten Führer des Zentrums dasselbe mit voller Überlegung und ausgesprochenem Maße auf dem Boden einer all-gemein-christlichen Weltanschauung, aber nicht auf dem Boden der katholischen gestaltet haben“, dann kann nicht ange-nommen werden, daß die Worte unbedachtsam einfach so hingeschrieben sind und nur eine augenblickliche Entgleisung vorliegt, die etwas ganz anderes zum Ausdruck bringt, als gesagt werden sollte. Indes fällt die Auffassung, die der Autor persönlich über die Grundlage des Zentrums hat, für die Stellungnahme der Richtung Bachem als solcher weniger ins Gewicht. Für diese kommt vielmehr in Betracht, daß der Artikel ohne korrigierenden Zusatz Aufnahme in der Kölnischen Volkszeitung gefunden hat. Dazu schreibt Herr Bachem fortfahrend:

„Ich verkenne aber nicht, daß die Wendung von dem „Boden einer allgemein christlichen Weltanschauung“ mißver-ständlich ist und besser eingeschränkt worden wäre. Aber wie leicht kann einmal in einer großen táglich

in drei Ausgaben erscheinenden Zeitung eine nicht korrekte Wendung durchschlüpfen!“

Wenn es das erste und einzige Mal wäre, daß die gemeinsam- oder allgemein-christliche Weltanschauung oder die auf dieser aufgebaute gemeinsam-christliche Basis in Gegensatz zur katholischen gestellt worden, oder wenn die Kölnische Volkszeitung jenen Artikel, anstatt ihn zu widerrufen, später nicht wiederholt noch als beachtenswert besonders unterstrichen hätte, könnte man, selbst bei einem weniger als dreimal täglichen Erscheinen des Blattes, vielleicht ein Durchschlüpfen und ein vereinzelt Entgleisen annehmen. In diesem Falle aber ist dies ausgeschlossen. Die ganze Stellung, die von Seiten Bachem's von Anfang an für die gemeinsam-christliche Basis und gegen die katholische eingenommen ist, spricht dagegen. Dieselbe ergibt sich aus den fortgesetzten Versuchen der Konstruktion einer gemeinsamen Basis, die sowohl bei der Theorie des „politischen Christentums“, wie bei dem „Programm der gemeinsamen Postulate“, wie bei der „Zugangsformel“ gemacht sind und sämtlich, wie bereits S. 65 bis 73 in „Zentrum und Kölner Richtung“ nachgewiesen ist, auf die Konstruktion einer auf dem „Allgemein-Christentum“ aufgebauten Gemeinsamkeitsbasis hinauslaufen. Diese Stellungnahme aber deckt sich vollständig mit der in dem Artikel vertretenen und in dem fraglichen Schlusssatz präzisierten Auffassung, sodaß in Bezug auf die Kölnische Volkszeitung und die Richtung Bachem sachlich von einer Entgleisung überhaupt nicht geredet werden kann. Abgesehen davon ist aber auch der obige Artikel keineswegs die einzige Kundgebung, in welcher die christliche Weltanschauung der katholischen in aller Form entgegengesetzt wird.

2. Schon im Jahre 1907, also zwei Jahre vorher, ist dies geschehen. In Nr. 454 vom 26. Mai 1907 brachte die Kölnische Volkszeitung einen vier Spalten langen Artikel über „das Wesen des Zentrums“. Man sieht daraus, was hier jedoch nur nebenbei bemerkt werden soll, daß die Gegen-seite schon längst vor der Osterdienstagskonferenz daran gewesen ist, das Zentrum zu „definieren“ und daß es ihr daher am allerwenigsten ansteht, der Konferenz wegen des „Definierens“ Vorhaltungen zu machen. In dem Artikel wird der in der Folgezeit dann bis zum Überdruß wiederholte, ebenso oft widerlegte Nachweis zu führen gesucht, daß das Zentrum als reinpolitische Partei nicht auf dem Boden der katholischen Weltanschauung stehe und in unserem „paritätischen“ und „christlichen“ Staatswesen darauf nicht stehen könne, daß es vielmehr (und diese Worte sind gesperrt gedruckt) „eine politische Partei auf dem Boden der christlichen Weltanschauung sei“, — „eine wahre Reichspartei“, so heißt es, „welche im Licht der christlichen Weltanschauung und der nationalen Interessen alle politischen Fragen ohne Unterschied behandelt.“ Ganz wie in dem vorerwähnten Artikel vom 27. Juli 1909, ist also hier schon die christliche Weltanschauung in direktem Gegensatz zur katholischen als Basis des Zentrum hingestellt. Wie diese Basis gedacht ist, geht aus der Auffassung des Artikels hervor, daß, „wenn morgen fünfzig oder hundert protestantische Abgeordnete in die Zentrumsfraktion des Reichstages oder des preussischen Abgeordnetenhauses eintreten würden, dann das Zentrum durchaus nichts anderes wäre, als es heute auch ist“. Daß diese Auffassung falsch ist, habe ich bereits oben Kap. IV nachgewiesen.

3. Gegen den unter Nr. 1 erwähnten Artikel vom 27. Juli 1909 wandte ich mich sofort mit einer längeren Erwiderung, die auf mein Ersuchen damals noch von der Kölnischen Volkszeitung aufgenommen wurde (Nr. 635 vom 29. Juli 1909). Diese Erwiderung richtete ich direkt gegen den angeblich nur auf einer Entgleisung beruhenden Satz, den ich wörtlich zitierte:

„daß die Gründer und größten Führer des Zentrums das-
selbe mit voller Überlegung und ausgesprochenenmaßen
auf den Boden einer allgemeinen christlichen, aber nicht
auf den Boden der spezifisch-katholischen Weltanschauung
gestellt haben.“

Ich hob besonders die Gegenüberstellung von christlich und katholisch hervor, indem ich bemerkte, daß „die hier beliebte Gegenüberstellung der beiden Weltanschauungen die Annahme nahe lege, daß der Verfasser unter „allgemein-christlicher“ Weltanschauung eine Weltanschauung verstehe, die auf den bei beiden Konfessionen übereinstimmenden Grund-sätzen beruhe.“ Wenn die Kölnische Volkszeitung trotz dieses ausdrücklichen Hinweises auf die Gegenüberstellung von christlicher und katholischer Weltanschauung, trotz der wört-lichen Reproduktion des fraglichen Satzes, und trotzdem, daß die ganze Erwiderung gerade gegen diesen Satz ge-richtet war, auch nicht mit einem Worte erklärt hat, daß es sich bei dem letzteren nur um eine Entgleisung handle, dann wird es schwer, diesen Satz jetzt, weil vier Jahre nachher in der Bachemischen Schrift es so gewünscht wird, auf das Konto des dreimal-täglichen Erscheinens der Zeitung zu setzen und als „durchgeschlüpft“ anzusehen. Es wird umso schwerer, als meine Erwiderung sofort in derselben Nummer seitens der Redaktion mit einer Replik versehen wurde,

was zwingende Veranlassung bot, die nötige Korrektur vorzunehmen. Man wird deshalb wohl richtig gehen, aus diesem ganzen Verhalten den Schluß zu ziehen, daß die Kölnische Volkszeitung nichts zu korrigieren fand, weil eben die in dem Satz ausgesprochene Auffassung der damaligen Auffassung der Richtung Bachem entsprach.

4. Diese Kongruenz wird bestätigt durch den Artikel Nr. 629, vom 27. Juli 1909, von demselben Tage, an welchem in der Morgenausgabe die Niemann'schen Ausführungen erschienen waren. In demselben wird auszuführen gesucht, daß die Grundlage der katholischen Weltanschauung unhaltbar sei, und dann heißt es wörtlich weiter: „Die christliche Weltanschauung dagegen, welche den Vertretern der im Glauben getrennten beiden christlichen Konfessionen gemeinsam ist, kann man noch heute auch im deutschen Parlament zur Geltung bringen und soll sie zur Geltung bringen“. Also auch hier wieder die christliche Weltanschauung in Gegensatz zur katholischen gestellt, was auch Julius Bachem (Seite 36 und 40) nur einmal, und zwar in dem durchgeschlüpften Niemannschen Satz, geschehen sein soll. — Jeder Zweifel an der vollen Übereinstimmung der Auffassungen aber wird gehoben durch den weiter folgenden Satz des Artikels: „Wie die Gründer des Zentrums in dieser Frage (also christliche oder katholische Weltanschauung) dachten, das hat ein warmer und überzeugter Parteigenosse Dr. med. Niemann (Rheine i. W.) in der heutigen Morgenausgabe Nr. 628 in dem Artikel „Nochmals Politik und Konfession“ in dankenswerter Weise zusammengestellt.“ (1)

5. Eine gleiche zustimmende Bezugnahme auf den angeblich nur durchgeschlüpften Niemannschen Satz findet sich auch

in der Broschüre des Mitredakteurs Dr. Hoerber über den „Streit um den Zentrumscharakter“ (1912, Verlag J. P. Bachem), indem es dort heißt: „in demselben (dem Niemannschen Artikel) seien die programmatischen Erklärungen der Gründer und größten Führer des Zentrums aus der Zeit seiner Entstehung wiedergegeben, und diese Stellen seien für die ganze weitere Debatte von grundsätzlicher Wichtigkeit gewesen und beleuchteten aufs klarste die neuen Momente, die durch die Definition des Zentrums in das Wesen und den Charakter desselben hineingetragen werden sollten.“

6. In Nr. 644 der Kölnischen Volkszeitung vom 1. August 1909 kommt Niemann wieder zum Wort, um auch seinerseits auf meine oben erwähnte Erwiderung zu replizieren. Er wiederholt seine Auffassung, daß die Gründer das Zentrum nicht auf den Boden der katholischen Weltanschauung gestellt haben, und fährt fort:

„Auf die zweite Frage des Herrn Roeren, welche Grundsätze denn bei der christlichen und der katholischen Weltanschauung (für die Konstruktion der gemeinsam-christlichen Basis) gemeinsam seien und wer darüber zu entscheiden habe, antworte ich: Gemeinsam sind ihnen alle christlichen Lehren mit Ausnahme der sogenannten Unterscheidungslehren, die Herr Roeren in jedem guten Religionshandbuch nachschlagen.“

Man muß gestehen, daß Herr Niemann sich die Konstruktion der gemeinsam-christlichen Basis, auf die er das Zentrum gestellt haben will, doch etwas allzu leicht macht. Was hier Interesse hat, ist die ausdrückliche Erklärung, daß die Basis gebildet werden soll aus religiösen Lehren, die den verschiedenen Konfessionen „gemeinsam“¹⁾ sind und aus denen also alles Konfessionelle auszuschalten

¹⁾ Vergleiche Seite 58 fgg. in „Zentrum und Kölner Richtung.“

ist, mithin aus dem „allgemeinsten Restbestand von Christentum, welches als Basis für ein dauerndes Zusammenwirken auf politischem oder sozialem Gebiete zu statuieren, Härese sein würde.“

7. In derselben Nummer (644) läßt die Kölnische Volkszeitung noch einen „im parlamentarischen Leben stehenden Theologen“ einen Artikel gegen mich schreiben, in welchem eine auf katholischen Grundsätzen hergestellte Basis als Verderben für Partei und Kirche zurückgewiesen und gefordert wird, „daß das Zentrum seine Grundlage in Rücksicht auf die Verhältnisse in Deutschland auf die allen christlichen Konfessionen gemeinsamen Grundsätze aufbaue.“

8. In Nr. 642 vom 31. Juli 1909 wird „von einem im öffentlichen Leben hervorragend tätigen Geistlichen der Reichslande“ in einem Leitartikel mehr heftig, als tiefgründig gegen die katholische Weltanschauung des Zentrums polemisiert: „Diese könne nicht den Befehl des deutschen Reiches die Grundlage geben.“ (Wer das jemals behauptet oder gewollt hat, ist nicht gesagt.) „Eine Partei aber, welche auf christlicher Grundlage stehe, könne die Beachtung der gemeinsam-christlichen Weltanschauung des christlichen Staats verlangen“ usw.

9. In meiner Flugschrift „Zur Klarstellung“, die Ende 1909 erschien, habe ich wiederum auf die Unhaltbarkeit des Begriffes einer allgemein-christlichen Weltanschauung hingewiesen:

„Was ist „christliche“ Weltanschauung? Auf dem Boden der „christlichen“ Weltanschauung wollen, mit Ausnahme vielleicht der äußersten Linken, alle Parteien stehen bis weit in die Reihen der Liberalen hinein. Die christliche Weltanschauung ist eben sehr verschiedenartig, beim orthodoxen Protestantismus in den Reihen der Konservativen ist sie eine andere als bei der freieren Richtung der

Liberalen. Es liegt auf der Hand, daß keine dieser Anschauungen für das Zentrum bindend sein kann. Der Protestant gründet seine Weltanschauung auf die Grundsätze seiner Religion, der Katholik auf die Lehren seiner Kirche. Für den Protestanten ist die christliche Weltanschauung die protestantische, die je nach seinem religiösen Standpunkt eine strengere oder freiere ist, für den Katholiken ist sie die katholische. . .

Nur in diesem Sinne haben auch Windthorst, v. Mallinckrodt und Bischof v. Ketteler auf die „christlichen“ Grundsätze des Zentrums hingewiesen. Erst im letzten Jahrzehnt, nachdem man angefangen hat, unter der Bezeichnung „christlich“ den verschwommenen Begriff einer interkonfessionell-christlichen Weltanschauung zu konstruieren und diese in Gegensatz zu der katholisch-christlichen Weltanschauung zu setzen, ist es notwendig geworden, die letztere klar und bestimmt zu betonen, wenn nicht eine verhängnisvolle Verwirrung der religiösen Begriffe entstehen soll.“¹⁾

In einer zweiten Flugschrift aus September 1910 ist dies abermals geschehen, so daß der Kölnischen Volkszeitung ganz gewiß Veranlassung genug gegeben war, ihre bisher vertretene Auffassung von der allgemein-christlichen Weltanschauung und der allgemein- oder gemeinsam-christlichen Basis, sowie die angebliche Entgleisung des Artikels Nr. 628 vom 27. Juli 1909 zu korrigieren.

Angesichts dieser Vorgänge und der angegebenen Publikationen in der Kölnischen Volkszeitung, deren Reihe übrigens

¹⁾ Zu Anfang der Bewegung glaubte man auf der Gegenseite ein Hauptargument gegen die katholische Weltanschauung des Zentrums daraus entnehmen zu können, daß die Führer auf die „christlichen“ Grundsätze der Partei hingewiesen haben. Man wollte hieraus einen Gegensatz zwischen „christlich“ und „katholisch“ konstruieren. Diese Versuche sind aufgegeben. Sowohl Julius Bachem wie Carl Bachem erklären jetzt ausdrücklich, daß wenn die Führer von christlicher Weltanschauung gesprochen, sie damit die katholische gemeint haben. Wenn trotzdem noch auf dem letzten rheinischen Zentrumsparteitag zu Sonnef vom 10. Oktober 1913 (Nr. 909 der Kölnischen Volkszeitung) einer der offiziellen Redner, der Parteichef für den Landkreis

noch erheblich verlängert werden könnte, nimmt sich die jetzige Erklärung Bachems, daß die Bezeichnung „christliche Weltanschauung“ niemals im Gegensatz zu katholischer Weltanschauung gebraucht sei und die einzige Ausnahme in dem Artikel vom 27. Juli 1909 (oben Nr. 1) nur als eine im Drange des Betriebes durchgeschlüpfte vereinzelte Wendung anzusehen sei, doch etwas eigenartig aus. Der ganze Kampf hat sich um diesen Gegensatz gedreht und wenn jetzt behauptet wird, eine solche Gegenüberstellung habe niemals stattgefunden, dann widerspricht dies den offen zu Tage liegenden Tatsachen. Eine solche Behauptung muß neue Verwirrung auflisten, und deshalb habe ich mich für verpflichtet gehalten, in vorstehendem näher auf dieselbe einzugehen.

Jetzt, in den Bachemschen Schriften, ist die Theorie der allgemein-christlichen Weltanschauung endlich vorbehaltlos fallen gelassen. Damit fällt von selbst die allein nach dieser Theorie hergestellte allgemein- oder gemeinsam-christliche Basis. Und die weitere Konsequenz hieraus ist, wie oben gezeigt, die Anerkennung der katholischen Weltanschauung als Basis für das Zentrum. Mag man sich auf Seiten Bachems jetzt auch noch so sehr dagegen sträuben und zu neuen

Köln Pfarrer X zu X zu dem Ausspruch sich verstieg: „Windthorst hat seine Partei als eine christliche, nicht als eine katholische angesehen“, und damit wieder einen Gegensatz zwischen christlich und katholisch statuiert hat, so ist das zwar bezeichnend für das Maß von Unklarheit und Verwirrung, das in der Streitfrage selbst in den Köpfen einzelner Parteichefs noch herrscht, aber ich möchte dieser Kundgebung doch nicht die Bedeutung beimessen, daß dadurch die ausdrücklichen Verwahrungen von Julius Bachem, Carl Bachem, Dr. Porsch (auf dem Parteitag in Münster November 1913) gegen den gegensätzlichen Gebrauch von christlich und katholisch abgeschwächt werden könnten. Vergleiche im übrigen S. 56 und 57 in „Zentrum und Kölnner Richtung.“

Konstruktionsversuchen für eine Zentrumsbasis übergehen, die Konsequenz ist zwingend und auf die Dauer wird man sich ihr nicht entziehen können. Als eine der größten politischen Parteien steht das Zentrum gleich allen anderen großen Parteien auf dem Boden einer Weltanschauung. Soll dies die katholische nicht sein und ist die allgemein-christliche als Phantom aufgegeben, dann muß eine neue Weltanschauung konstruiert werden und das wird auch der Richtung Bachem nicht gelingen. Mag man vielleicht einzelne politische oder wirtschaftliche Postulate aufstellen, die gemeinsam verfolgt werden sollen, mag man sich zu den allgemeinen Grundsätzen bekennen: „das moralische und materielle Wohl aller Volksklassen zu fördern, und für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Volksgenossen einzutreten“ (Nr. 993 Kölnische Volkszeitung vom 18. November 1913), allein Ersatz für die Weltanschauung einer Partei wird dadurch nicht geschaffen. Das Wohl der Volksklassen fördern und für die bürgerliche und religiöse Freiheit eintreten — wollen alle Parteien, jede nach ihrer Art, aber erst die Weltanschauung gibt dieser Tätigkeit ihre Richtung und ihren unterschiedlichen Charakter. Nicht die Gemeinsamkeit einzelner politischer oder wirtschaftlicher Ziele und nicht das Bekenntnis zu allgemeinen Grundsätzen, die Gemeingut aller Parteien sind, gibt den Parteien ihre Grundlage, sondern die Weltanschauung, von welcher aus sie an ihre Aufgaben herantreten. Die Weltanschauung ist das Band, das die Partei zusammenschließt, sie bildet den festen Grund für den Zusammenhalt in den vielen Fragen, wo die wirtschaftlichen und die Standesinteressen einander gegenüberstehen und die politischen Auffassungen von einander abweichen. Dies kann nicht entschiedener bestätigt werden,

als es in der Königschen Volkszeitung geschieht. In dem Leitartikel: „Was können wir aus den Schwierigkeiten der Konservativen lernen?“ Nr. 993 vom 18. November 1913 heißt es:

„Die Schwäche der Konservativen, wie sie sich namentlich bei den letzten Reichstagswahlen enthüllte, war wohl von vielen nicht erwartet, entbehrte aber nicht ganz der Begründung in der inneren Entwicklung dieser Partei. In den letzten Jahrzehnten war die Weltanschauung in der konservativen Politik unverkennbar allmählich immer mehr in den Hintergrund getreten. Die Weltanschauung gibt aber allen Parteien den festen Zusammenhalt. Gerade der Liberalismus entwickelt seine Werbekraft nicht in seinen rein politischen und wirtschaftlichen Ideen, sondern als Weltanschauung.“

Unter der gleichen Ueberschrift bringt dasselbe Blatt dann in Nr. 1011 vom 24. Nov. 1913 als Leitartikel eine Zuschrift aus dem Osten, in der mit Bezug auf den vorerwähnten Artikel gesagt ist:

„Er trifft den Kernpunkt und zeigt prägnant den einen großen Fehler, den die Konservativen nicht nur im Westen, sondern auch lange Jahre hindurch im Osten gemacht haben, das zu seltene und zu wenig energische Betonen der Weltanschauung.“

Auch beim Zentrum liegt die Werbekraft und Stärke „nicht in den reinpolitischen und wirtschaftlichen Ideen, sondern in der Weltanschauung.“ Gerade in der gegenwärtigen Zeit der immer mächtiger vordringenden Bildung von Standesorganisationen und Interessengruppen wird es seinen Zusammenhalt und seine Werbekraft nur dadurch erhalten, daß es die Weltanschauung seiner Wählerschaft, das ist die Weltanschauung des katholischen Volkes, klar und be-

stimmt betont und die Versuche, an ihre Stelle ein verschwommenes Gebilde von Gemeinsamkeitsideen zu setzen, für das sich das Volk niemals begeistern kann, energisch zurückweist. Wird dem katholischen Volke das Bewußtsein genommen, daß das Zentrum auf dem Boden der katholischen Weltanschauung steht, dann ist damit das einigende Band zerrissen, durch welches es bisher mit dem Zentrum verknüpft war, und dann kann der drohenden Bildung von sich gegenseitig bekämpfenden Standes- und Interessengruppen kein Einhalt mehr geboten werden. Es zeugt daher von sehr beschränkter, oberflächlicher Auffassung, hier von unfruchtbarem Spintisieren, Theoretisieren zu sprechen, wo es sich um eine Lebensfrage für das Zentrum handelt. Geht es der Richtung Bachem, das Zentrum zum Aufgeben der katholischen Weltanschauung zu bringen, dann ist damit das Ende unseres Zentrums besiegelt. Nur gegen diese Versuche ist der Kampf gerichtet, der diesseits geführt wird, und der wahrlich alles andere mehr ist, als ein Streit um müßige Doktorfragen.

Zum Schlusse noch ein kurzes Wort über die „Leistungen der Kdlnr Richtung“ auf kirchlich-religiösem Gebiet. Auf Seite 38 und 39 seiner Broschüre macht sich Herr Julius Bachem ein längeres Zitat aus einem Westfälischen Zentrumsblatt zu eigen, in welchem auf die Erstarkung des katholischen Lebens in Deutschland hingewiesen und dann wörtlich fortgefahren wird:

„... Die Kirchen sind mit Andächtigen überfüllt, neue Kirchen schießen so zahlreich wie Pilze aus dem Boden, die Prozessionen werden in den Industriestädten zu Riesen-

bändern durch die Straßen geschlungen, die Katholikentage verlaufen so glanzvoll, daß die Presse des Inn- und Auslandes, die freundliche und feindliche, bewundernd von diesen Riesenschauspielen des echten katholischen Lebens berichtet.“

Hieran schließen sich dann in Sperrdruck die Worte an: „Das sind Leistungen der Kölner Richtung“.

Es soll hier der Frage, welche Bedeutung die „Kölner Richtung“ für die Entwicklung des kirchlich-religiösen Lebens hat, nicht näher getreten werden. So wichtig dieselbe auch für die Beurteilung der ganzen gegenwärtigen Bewegung im katholischen Lager ist, so würde eine eingehende Behandlung doch die Gefahr in sich tragen, daß die Auseinandersetzungen von dem eigentlichen Kernpunkt des Zentrumsstreits abgelenkt würden und der glücklicherweise endlich begonnenen Klärung der Streitfrage durch das Hineinziehen anderer Momente wieder entgegengearbeitet werden könnte. Wenn indes in so herausfordernder Weise, wie es hier geschieht, alles, was das katholische Leben in Deutschland an schönen Früchten zeitigt, von der „Kölner Richtung“ als ihr Verdienst, als ihre Leistung in Anspruch genommen wird, dann kann dies nicht ohne Widerspruch gelassen werden. Soll eine „Richtung“, mag es diese oder jene sein, für das religiöse Leben des Volkes maßgebende Bedeutung haben, dann ist Voraussetzung, daß sie in das Volk eingedrungen, sein Innerstes ergriffen, sein Denken und Empfinden erfaßt hat. Soweit aber ist es, Gott sei Dank, mit den Bachemsehen Interkonfessionalisierungstendenzen noch nicht gekommen. Das Gros der Bevölkerung steht diesen Tendenzen fremd gegenüber, es hat infolge der sonstigen Entstellungen gar nicht erfaßt, daß es sich bei dem Streit um solche Be-

strebungen handelt; sein religiöses Denken und Empfinden kann daher von ihnen nicht ergriffen sein. Wenn das Volk aber jene Bestrebungen erfaßt haben wird, dann wird es sich entweder von ihnen abwenden, oder aber, wenn es sie auf sich einwirken läßt und ihnen zuneigt, für die Entwicklung und Erstarkung des katholischen kirchlichen Lebens nur sehr wenig tun und noch weniger erreichen, denn darüber besteht wohl keine Meinungsdivergenz, daß die Tendenz nach Ent- und Interkonfessionalisierung, das Streben also, das Spezifisch-Katholische im öffentlichen Leben durch das „Gemeinsam-Christliche“ möglichst zu ersetzen, der Pflege und Stärkung des katholisch-konfessionellen Lebens entgegen ist. Wenn deshalb „die Kirchen mit Andächtigen überfüllt sind“, wie es in der Broschüre Bachems heißt, — „wenn die Opferwilligkeit der Katholiken neue Kirchen wie Pilze aus dem Boden schießen läßt“, — wenn das katholische Volk „in den Prozessionen, die wie Riesenbänder sich durch die Straßen schlingen“, seinen katholischen Glauben bekennet, — wenn, so kann man wohl hinzusetzen, Kinder und Erwachsene selbst an den Wochentagen zum Tisch des Herrn sich drängen, dann sind es nicht etwa Interkonfessionalisierungstendenzen, die solchen Glaubenseifer, solche Liebe zur Kirche entflammen lassen, sondern andere Faktoren, die außerhalb der interkonfessionellen Organisationen, im Schoße der Kirche liegen. Es sind die Gnadenmittel, welche die Kirche, die Gefahren der Gegenwart erkennend, gerade in dieser Zeit den Gläubigen so reichlich zuteil werden läßt. Es sind die zahlreichen Kundgebungen der letzten Jahre, die unter dem Wahlspruch Pius X. omnia instaurare in Christo von dem Oberhaupte der Kirche selbst und ihm folgend von den Bischöfen ergangen sind jene Kundgebungen, die auf die Gefahren, die den Gläubigen

drohen, aufmerksam machen, die aufgerüttelt und Begeisterung erweckt haben und die Wege gewiesen haben, die wir wandern müssen, um nicht auf die Irrgänge der Zeit zu geraten. Es sind vor allem die reichen Schätze der übernatürlichen Gnaden, die aus den zahlreicheren Kommunionen, namentlich den erst durch Pius X. wieder eingeführten frühen Kinderkommunionen, aus der früher nie so gekanntten Pflege des Rosenkranzgebetes und der Übung so mancher besonderen Andacht befruchtend und belebend über das ganze kirchliche Leben sich ergießen. Daran mag jeder von uns, hüben wie drüben, persönlich seinen Anteil haben, der eine mehr, der andere weniger. Aber die Richtung Bachem als solche scheidet hier aus.

Im Petrus-Verlage, Trier

sind erschienen:

Turm und Block. Betrachtungen über die Hauptaufgaben der deutschen Katholiken in den konfessionellen Kämpfen der Gegenwart von Hugo Holzamer. Broschiert 3.00 Mk.; gebunden 3.75 Mk.

„Wollten alle Katholiken Deutschlands, welche Einfluß üben auf die Gestaltung der polit.-soz. Verhältnisse der katholischen Kirche in Deutschland, die hier gebotenen Wahrheiten ernst erwägen, so wäre gute Hoffnung auf Beseitigung des inneren Zwistes vorhanden“.

(Dr. J. Marx, Professor des Kirchenrechts in der »Theolog. Revue« v. 21. April 1913.)

„Holzamer ist ein providenzielles Buch“.

(Prälat Kleiser, Freiburg (Schweiz).)

Wir Katholiken und unsere Gegner von Ansgar Albing. 2. Auflage, brosch. 2.20 Mk., geb. 3.00 Mk.

Das Werk ist ein Spiegel der Zeit, ein unverblümtes Losreißen des Verbandes von den elternden Wunden der Kultur. Offen und frisch, man liest es mit Spannung, denn es enthält überraschende Tatsachen und legt es weg mit einem bedeutend klareren, ernsteren Blick in die Zeit“.

(Aargauer Volksblatt).

Johannes Scheffler (Angelus Silesius) als katholischer Apologet und Polemiker von Richard von Kralik. Broschiert 1.00 Mk.

„Oft scharf in der Form, immer siegreich in der Beweisführung, kann das Schriftchen auch heute noch als wichtige Waffe gegen die Widersacher der katholischen Religion verwandt werden“.

(Augsburger Postzeitung).

Meine Weltanschauung von Johannes Jörgensen. Autorisierte Übersetzung von Joh. Mayrhofer. Auf alt Büttenpapier gedruckt in zwei Farben. Broschiert 1.40 Mk.

„Das Ganze ist ein gehaltvolles, ein schönes und erhebendes Werk, das die vornehme Ausstattung wohl verdient, die ihm der Verlag hat zuteil werden lassen“.

(Germania Berlin).

Warum ich katholisch wurde von Dr. med. George Bull. Autorisierte Übersetzung von Pfarrer Friedr. Maurer. Broschiert 1.20 Mk.

„Aus dieser Schrift kann jeder, der immer das Glück hat, katholisch zu sein, seinen hl. Glauben schätzen lernen und dazu die reinste Freude kosten, den Wegen der Gnade nachzugehen, die von Nacht zum Licht führen“.

(Stimmen aus St. Klara).

Die Schule im Kampfe gegen die Sozialdemokratie von Franz Steffen. Broschiert 2.75 Mk.
Ein bekannter Pädagoge schreibt dem Verfasser:

„Das Buch ist ein vernichtendes Urteil über die Sozialdemokratie und es wird einschlagen wie eine Bombe“.

Die Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit der deutschen Katholiken. Die Frage der Zuständigkeit der kirchlichen Autorität für gewerkschaftliche Organisationen als solche. 2. Aufl. 1.00 Mk.

„Der Verfasser hat es vorzüglich verstanden, die einzelnen Phasen klar heraus zuschreiben und die Bedeutung ins rechte Licht zu setzen.“

(Oberschlesische Volkszeitung).

Glücklicher Mittelstand. Mittelstandsbilder und Mittelstandspolitik. Eine sozioethische und wirtschaftliche Studie von Franz Hoermann, broschiert 1.70 Mk.

„Das Büchlein verdient aufmerksam gelesen und gewürdigt zu werden“.

(Augsburger Postzeitung).

„Angesichts so mancher moderner Bestrebungen und Auffassungen bezüglich der sozialen Heilmittel verdient es die allerweiteste Verbreitung“.

(Werkmeister-Zeitung Zürich).

Henrik Ibsen. Ein literarisches Charakterbild von Johannes Mayrhofer. Broschiert 3.00 Mk.; gebunden 4.00 Mk.

„Wir Katholiken haben derzeit keine bessere Ibsenmonographie“.

(Magazin für Pädagogik, Stuttgart).

„Ein klares, gesundes, kraftvolles Buch“.

(Deutscher Hausschatz, Regensburg).

JN
3946
.Z5
R62

Roeren, Hermann, 1844-
Veränderte Lage des
Zentrumsstreits :

Die
römisch-katholische Wochenschrift
PETRUSBLÄTTER

bringt über alle Gebiete des öffentlichen Lebens

Beiträge aus ersten Federn

viere jährlich 2 Mark bei allen Postanstalten Buchhandlungen oder der Geschäftsstelle in Trier.

EIN BISCHOF SCHREIBT:

„Ich betrachte die Petrusblätter als

die notwendige Ergänzung

der heutigen Tagespresse.“

